

# **Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus**

## **Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932**

Von

**Thomas Mergel**

In den Erklärungen zum Scheitern der Weimarer Republik gilt die DNVP als ein Sammelbecken der Steigbügelhalter für Hitler. Denn die Industriellen, Agrarier, Beamten und Militärs, die – gewollt oder ungewollt – schließlich Hitler an die Macht halfen, hatten ihre politische Heimat zumeist in der DNVP. Vor dem Hintergrund der Annahme eines durchgehenden Antirepublikanismus erscheinen die Radikalität der deutschnationalen Politik und der Schulterschluss mit dem Nationalsozialismus durch Hugenberg nach 1928 als innerlich logisch, die pragmatische Phase davor, als die DNVP an zwei Regierungen beteiligt war, dagegen als bloßer Schein. Von der Ablehnung der Weimarer Verfassung über den Kapp-Lüttwitz-Putsch bis hin zum Volksbegehren gegen den Young-Plan und die schließliche Beteiligung an Hitlers Regierung wird damit eine Linie gezogen, die die durchgehende Systemfeindschaft der DNVP illustriert und die Lernunfähigkeit auf seiten der Rechten betont.<sup>1</sup>

Unterbelichtet erscheinen dabei die tiefgreifenden Wandlungsprozesse, denen die Partei während der zwanziger Jahre unterlag. Insbesondere werden die Chancen der DNVP unterschätzt, einen systemintegrierten Konservatismus zu entwickeln, den man nach dem englischen Vorbild als einen Tory-Konservatismus bezeichnen könnte. Dieser läßt

<sup>1</sup> So etwa: *Anneliese Thimme*, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918. Göttingen 1969; *Jens Flemming*, Konservatismus als „nationalrevolutionäre Bewegung“. Konservative Kritik an der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1933. in: Dirk Stegmann u. a. (Hrsg.), *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert*. F Schr. Fritz Fischer. Bonn 1983, 295–331; *Geoff Eley*, Konservative und radikale Nationalisten in Deutschland. Die Schaffung faschistischer Potentiale 1912–1928. in: ders., *Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland*. Münster 1991, 209–247.

sich dadurch charakterisieren, daß er das gegebene politische System akzeptierte und sich seinen Verfahren unterwarf, ohne deshalb seine – letztlich theologische – Vision vom politischen Gemeinwesen aufzugeben. Der englische Tory-Konservatismus, wie er sich besonders in der Ära Disraelis und Randolph Churchills entwickelte, akzeptierte den Kapitalismus und den Parlamentarismus, den er mit aufgebaut hatte, ebenso die Verbreiterung der Legitimationsbasis durch die Ausweitung des Wahlrechts; er teilte aber die liberalen Hoffnungen auf die Gestaltbarkeit der Gesellschaft durch politische Reform nicht, sondern hielt sich einen realistischen Pragmatismus zugute.<sup>2</sup> Nach den Geburtswehen der deutschen Republik, nach Kapp-Lüttwitz-Putsch, Ruhrkampf und Hyperinflation verbreitete sich eine solche Grundeinstellung auch im deutschnationalen Lager. Damit setzte sich in vieler Hinsicht die politische Philosophie der Freikonservativen des Kaiserreichs durch, nun allerdings angereichert mit Elementen der Massendemokratie.<sup>3</sup> Die Partei begann, sich zu einer systemimmanenten Alternative zur SPD zu entwickeln und füllte die Rolle des Schwergewichts auf der rechten Seite des politischen Spektrums in der Mitte des Jahrzehnts auch einige Zeit aus. Bekämpfung des politischen Gegners im Rahmen des politischen Diskurses, nicht Zerstörung der mit dem System gegebenen Kommunikationsmöglichkeiten: so lautete in dieser Zeit die Option des tonangebenden Teils der DNVP.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Vgl. die zusammenfassende Charakterisierung bei *Frank O’Gorman*, *British Conservatism. Conservative Thought from the 1790s to the 1980s*. New York 1986, bes. 4 ff., 29 ff.; jetzt auch: *Andreas Rödder*, *Die radikale Herausforderung. Die politische Kultur der englischen Konservativen zwischen ländlicher Tradition und industrieller Moderne 1846–1868*. München 2002; zu den Legitimationsvorstellungen der Liberalen im Zusammenhang der Wahlreform von 1884: *Jonathan Parry*, *The Rise and Fall of Liberal Government in Victorian Britain*. New Haven 1993, 280 ff.

<sup>3</sup> Vgl. *Matthias Alexander*, *Die Freikonservative Partei 1890–1918. Gemäßigter Konservatismus in der konstitutionellen Monarchie*. Düsseldorf 2000.

<sup>4</sup> Zur DNVP vor allem: *Werner Liebe*, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*. Göttingen 1956; *Manfred Dörr*, *Die Deutschnationale Volkspartei 1925–1928*. Diss. phil. Marburg 1964. Daneben *Lewis Hertzman*, *DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republik*. Lincoln 1963; *David P. Walker*, *The German Nationalist People’s Party. The Conservative Dilemma in the Weimar Republik*, in: *JContH* 14, 1979, 627–647; *Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen*, *Die Deutschnationale Volkspartei in der Weimarer Republik*, in: *Historische Mitt.* 9, 1996, 169–188.

Wenn dem aber so war, dann stellt sich um so mehr die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß die DNVP zu einer der wichtigsten Kräfte bei der Zerstörung der Weimarer Republik werden konnte. Die Voraussetzung dafür war ein vollständiger Gestaltwandel, die Umformung von einer konservativen zu einer rechtsradikalen Partei, die seit 1928 durch Alfred Hugenberg bewerkstelligt wurde und die als ein Prozeß der Gleichschaltung vor sich ging.<sup>5</sup> Hugenbergs Politik stieß aber auf Widerstände in der Partei, die so massiv waren, daß seine Versuche lange Zeit zum Scheitern verurteilt schienen. Dieser Widerstand, das Ausmaß der Kritik und die Zahl der Austritte können als ein Gradmesser für die Stärke des Tory-Konservatismus in der DNVP gelten. Es handelte sich bei ihm vor allem um eine Erscheinung der politischen Mandatsträger und Funktionäre. Ihre Erfahrung der politischen Tätigkeit führte sie hin zu einem pragmatischen Verhandlungsdenken, das Systemfragen dilatorisch behandelte. Alfred Hugenberg, der Organisator und Financier der politischen Radikalisierung in der DNVP, konnte sich dagegen auf eine Grundsatzkritik an den professionalisierten Politikern stützen, die von den Mitgliedern kam und einen politischen Maximalismus zur Richtschnur machte, dem gegenüber eine pragmatische Politik immer versagen mußte. Das Problem des deutschnationalen Tory-Konservatismus war damit auch eines der Differenz zwischen der Praxis der Institution und den hohen Erwartungen der Basis.<sup>6</sup>

Dieses Problem war aber mitnichten nur eines der Republikgegner; vielmehr zeigt sich in dieser Konfliktstruktur eine für die Weimarer Republik typische Mentalität, die das, was unter demokratischen Bedingungen als Qualität gelten muß, nämlich die Kompromißfähigkeit, als eine Charakterschwäche verstand und die unter Berufung auf die Kategorie der Authentizität den politischen Standortwechsel als ein moralisches Problem behandelte. Die oft unter schweren Konflikten zustande-

<sup>5</sup> Von anderer Seite wurden Begriffe wie „Machtergreifung“ oder „Palastrevolution“ gebraucht: *Attila Chanady*, *The Disintegration of the German National People's Party*, in: *JModH* 39, 1967, 65–91, 81.

<sup>6</sup> Zum Zerfallsprozeß nach 1928 und seinen Voraussetzungen: *Chanady*, *Disintegration* (wie Anm. 5); *Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen*, *Die Deutschnationale Volkspartei*, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente*. Düsseldorf 1960, 543–652; *Erasmus Jonas*, *Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung*. Düsseldorf 1965; *Heidrun Holzbach*, *Das „System Hugenberg“*. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP. Stuttgart 1981.

gekommenen politischen Entscheidungen, denen sich die DNVP während der zwanziger Jahre stellen mußte und die eine wachsende Akzeptanz der Republik andeuteten, wurden sogar von den politischen Gegnern nicht honoriert, sondern im Gegenteil als Prinzipienverrat angesehen. Hierin wurde ein generelles Problem des politischen Rigorismus offenbar, der in der Weimarer Republik wohl für Deutschland seinen Höhepunkt erreicht hat. Der Widerstand gegen die Republikanisierung der Partei war insofern ein Ausdruck der Ideenlandschaft der zwanziger Jahre, in der Radikalität und die „Echtheit“ politischer Erfahrung unmittelbar aneinander gebunden wurden.<sup>7</sup>

Die Studie kann sich auf eine Reihe von Quellen stützen, die den meisten Forschungen zur DNVP – die größtenteils in den fünfziger und sechziger Jahren entstanden – nicht zur Verfügung standen. Dazu zählen vor allen die archivalischen Quellen, die früher im Besitz des Zentralarchivs der DDR in Potsdam waren und nun im Bundesarchiv liegen. Darüber hinaus wertet die Untersuchung hauptsächlich die Zeitungsberichterstattung aus, denn der Umbau der DNVP wurde von Freunden und Gegnern aufmerksam begleitet, und die Gremien der Partei waren voll von undichten Stellen, durch die Nachrichten und Deutungen nach draußen sickerten, die in den archivalischen Protokollen nicht aufzufinden sind. Hier tauchen Sachverhalte auf, die in der Partei nicht offen diskutiert wurden, ja, die die Partei vor sich selber verschwiegen hat. Dadurch läßt sich der Blick der zeitgenössischen Öffentlichkeit auf die Vorgänge profilieren, und es zeigt sich manchmal eine überraschende Eindeutigkeit der Bewertung selbst bei Beobachtern, die einander politisch fernstanden.

## I.

Die DNVP, die im Herbst 1918 als eine konservative Sammlungspartei gegründet wurde, war insofern anders als ihre Vorläuferinnen, als sie versuchte, sich nach Westen auszudehnen und in höherem Maß die Mittel- und Unterschichten anzusprechen. Damit verlor sie einiges von ihrem ostelbischen Einschlag und nahm zunchmend Konservative aus anderen Milieus auf. Zu den deutschkonservativen Junkern und den

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: *Thomas Mergel*, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, Symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*. Düsseldorf 2002.

radikalnationalistischen Alldeutschen gesellten sich christlich-soziale Arbeitervertreter, viele Beamte und konservative Unternehmer. In Süddeutschland konnte die DNVP rechtsliberale Gruppen ansprechen, im Rheinland rechtskatholische Bürgerliche, denen die Zentrumspartei zu nahe an die Sozialdemokratie herangerückt war. Auch Konrad Adenauers Ziehvater und Vorgänger im Amt des Kölner Oberbürgermeisters, Max Wallraf, schloß sich der DNVP an. Dieser soziale Gestaltwandel zeigte sich in der Zusammensetzung der deutschnationalen Fraktion in der Nationalversammlung: Nun waren nur noch neun Prozent der Abgeordneten Adelige, gegenüber 38 Prozent bei den Deutschkonservativen im Jahre 1912.<sup>8</sup> Bis zur Mitte der zwanziger Jahre dehnte die Partei ihren Einfluß bei den Wählern deutlich über die hergebrachte Klientel aus. Bei den Dezemberwahlen 1924 kam fast die Hälfte ihrer Stimmen aus den Gebieten westlich der Elbe.<sup>9</sup>

Der Preis für die Erweiterung waren programmatische Heterogenität und eine wachsende Bedeutung von Positionen, die einen flexiblen Konservatismus predigten und eine Annäherung an die Republik wollten. Die komplizierte Struktur der Parteigremien ist ein Ausweis dieser Heterogenität, die durch ‚checks and balances‘ austariert werden sollte.<sup>10</sup> Dabei war aber die Parteibasis ohne direkten Einfluß. Parteitage mit Delegierten der Orts- oder Kreisverbände gab es nicht. Das Kompensat dafür war die Parteivertretung, die einmal jährlich tagte und deren Beschlüsse für den Vorsitzenden bindend waren. Sie bestand aus dem Vorstand, den Vorsitzenden der Landesverbände (die im großen und ganzen mit den Wahlkreisen übereinstimmten; 1928 waren es 45 Landesverbände), je drei Vertretern der ständigen Ausschüsse, dem Hauptgeschäftsführer und je einem Delegierten pro 10000 Mitgliedern.

<sup>8</sup> *Thimme*, Flucht (wie Anm. 1), 27 f.

<sup>9</sup> Handbuch des Deutschen Reichstags. Dritte Wahlperiode. Berlin 1924, 168 f. Die Daten bei *Jürgen Falter* u. a., *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik*. München 1986, 67–75, geben nur die Prozentzahlen an, die wegen ihres Bezugs auf die jeweils unterschiedliche Zahl der Wahlberechtigten hierfür nicht aussagekräftig sind; die Prozentzahlen lassen sich jedoch auf Grund der ebenfalls angegebenen Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen auf die absolute Stimmenzahl hochrechnen.

<sup>10</sup> Zum Folgenden der Satzungsauszug, abgedr. in: Deutschnationale Volkspartei, in: *Dieter Fricke* u. a., *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland*. Bd. 1. Berlin 1974, 727 f.; außerdem: *Max Weiß*. Organisation, in: ders. (Hrsg.), *Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928*. Essen 1928, 362–390.

Diese letztere Bestimmung wurde mehrfach geändert, vor allem deshalb, weil die Mitgliederzahl nie genau festgestellt werden konnte (1928 lag sie bei ca. 700 000<sup>11</sup>). Man verfiel deshalb schließlich auf ein unbestechlicheres Maß, die Zahl der Wähler: Im Herbst 1928 wurde pro 40 000 Wählerstimmen ein – von den Landesverbänden zu bestimmender – Vertreter entsandt<sup>12</sup>; das bedeutete, daß selbst nach den verlustreichen Wahlen von 1928 etwa die Hälfte der Parteivertretung von den Landesverbänden dominiert war. Die Parteivertretung konnte außerdem zehn Mitglieder kooptieren.

Die Parteivertretung wählte den Parteivorsitzenden und den Parteivorstand. Dieser hatte ursprünglich aus 27 Mitgliedern bestanden, war aber durch Zuwahl bis auf 45 Mitglieder (1928) ausgeweitet worden. Als geborene Mitglieder gehörten ihm die Fraktionsvorsitzenden im Reichstag und in den Landtagen an, die also ein gewichtiges Wort in diesem Gremium mitsprechen konnten. Aus ihrer Mitte wählte der Vorstand die Parteileitung, die das einzige funktionsfähige Exekutivorgan war. Neben dem Vorsitzenden bestand sie aus dem Stellvertretenden Vorsitzenden, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied und dem Schatzmeister. Während die untere Ebene der dreistufigen Organisation also von den Landesverbänden dominiert war, wurde sie nach oben hin immer stärker von den politischen Wahlgremien bestimmt.

Als vordringlichste Aufgabe zeigte sich nach der Gründung der Aufbau einer Parteiorganisation, dies um so mehr, als das neue Wahlrecht die Organisation noch weit wichtiger machte als im Kaiserreich, die konservativen Parteien sich vor 1918 aber um diesen Aspekt wenig gekümmert hatten, so daß es kaum Strukturen gab, auf denen man aufbauen konnte. Die Organisation blieb eine Achillesferse im Parteileben. Noch 1928 bemerkte der Hauptgeschäftsführer Max Weiß selbstkritisch: „Man sagt, der Deutsche sei der geborene Organisator. Leider sind im nationalen Organisationsleben die Fähigen nicht in der Mehrzahl.“<sup>13</sup> Zwar stellte der Konservative Hauptverein 1918 seine Infrastruktur und sein Vermögen zur Verfügung, doch es war der Deutschnationale Handlungsgehilfenverein, der als einziger eine Organisationsstruktur ausgebaut hatte, die der DNVP unterlegt werden konnte. Der größte Teil der 250 hauptamtlichen Parteibeamten entstammte diesem

<sup>11</sup> Deutschnationale Volkspartei. in: *Fricke* u. a., *Die bürgerlichen Parteien* (wie Anm. 10), 716.

<sup>12</sup> *Weiß*, *Organisation* (wie Anm. 10), 368.

<sup>13</sup> *Ebd.* 362.

gewerkschaftsähnlichen Verband, der zwar national und antisemitisch war, der aber auch als Interessenverband mit ca. 400 000 Mitgliedern pragmatische Ziele hatte, die oft nicht viel mit dem nationalen Pathos mancher deutschnationaler Ideologen zu tun hatten.<sup>14</sup> Diese starke Stellung der „Pragmatiker“ in der Parteiorganisation war ein wesentlicher Grund für die Spannungen zwischen Basis und Gremien.

So heterogen die Partei selber war, so heterogen waren aber auch die Fraktionen, die auf eine Modernisierung der DNVP drängten; man kann drei unterscheiden. Es gab *erstens* Gruppen in der DNVP, die den Begriff „Tory-Demokraten“ auch schon zeitgenössisch auf sich anwandten<sup>15</sup>; dabei handelte es sich um Angehörige der jüngeren Generation, die eine Erneuerung des Konservatismus aus sich selbst propagierten, dies mitunter mit preußisch-romantisierendem Einschlag und starken Einflüssen der Jugendbewegung. Als solche hielten sie die Parteien generell für äußerliche, mechanische Erscheinungen; sie bevorzugten bündische Gemeinschaftsformen und verstanden ihre politische Tätigkeit im Sinne von Vergemeinschaftung, und zwar pointiert in Richtung der Versöhnung von Nation und Arbeiterschaft. Unter Volksgemeinschaft verstanden sie die Überwindung der Klassenstrukturen und politischen Friktionen und somit die Wiederherstellung der Einheit des zerrissenen deutschen Volkes.<sup>16</sup> Als *zweite* Gruppe sind Vertreter des alten preußischen Konservatismus zu nennen. Sie – Vertreter des preußischen Landadels, Beamte, teilweise Militärs – hatten vorderhand mit der Republik gar nichts im Sinn, um so mehr aber mit einer preußi-

<sup>14</sup> Vgl. *Iris Hamel*, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Frankfurt am Main 1967.

<sup>15</sup> *Hiller von Gaertringen*, Deutsch-nationale Volkspartei (wie Anm. 4), 176.

<sup>16</sup> Diese Jungkonservativen sind in der Forschung immer noch wenig konturiert, obwohl sie in der zeitgenössischen Diskussion eine herausragende Rolle spielten. Meist werden nur einzelne Gruppierungen untersucht. Vgl. hierzu etwa: *Klaus Fritzsche*, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des Tat-Kreises. Frankfurt am Main 1976; *Yuji Ishida*, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928–1933. Frankfurt am Main/Bern/New York 1988; *Berthold Petzinna*, Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen ‚Ring‘-Kreises 1918–1933. Berlin 2000; *Alexander Keffler*, Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung. 2 Bde. München 1975/76. Als letztlich irrationale Bewältigungsform in der Krise des Bürgertums wird die Bewegung verstanden von *Hans Mommsen*, Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, 288–315.

schen Staatsgesinnung, welche die Staatsform ablehnen mochte, dahinter aber immer noch die Staatsidee sah und sich deshalb zu einer Mitarbeit im gegebenen Staat aufgerufen fühlte, auch wenn es nicht der ihre war. Dieses Argument überzeugte keineswegs alle alten Konservativen. Im Konservativen Hauptverein, der auch nach der Auflösung der Deutschkonservativen Partei fortexistierte, sammelten sich diejenigen, die zunehmend einen politisch reaktionären, rigide systemfeindlichen Weg gingen, wie etwa Ewald von Kleist-Schmenzin.<sup>17</sup> Der Großteil der aktiven konservativen Politiker wie Kuno Graf Westarp, Oskar Hergt oder Karl Helfferich (der als württembergischer Finanzmann in mancher Hinsicht eine Ausnahme war) jedoch sahen in der Staatsgesinnung ihre politische Pflicht. Sie schlugen eine scharfe Klinge gegen den politischen Gegner und hielten die Sozialdemokratie mitunter für staatsgefährlich; in gleichem Maße aber waren sie dem Staatsstreich gegenüber abgeneigt und ebenso der Politik Hugenbergs, die sie nur als destruktiv empfinden konnten. Schließlich waren *drittens* die pragmatischen Gruppen der Interessenverbände von Bedeutung, die, gleich ob Agrarier, Arbeiter oder Industrielle, vor allem Konkretes erreichen wollten.<sup>18</sup> Agrarische Schutzzollpolitik ließ sich nicht durchsetzen ohne die Zustimmung zu Locarno, industrieller Wiederaufbau war ohne die Kredite nach dem Dawes-Plan nicht zu denken, und auch konservative Arbeitervertreter optierten für den Aufbau einer Arbeitslosenversicherung. Diese Interessenvertreter bezogen ein gut Teil ihres politischen Einflusses aus den „Querverbindungen“, den durch die Interessenverbände hergestellten Kommunikationskanälen, die die Parteien transzendierten. Eine besondere Rolle spielten in diesem Kreis die christlich-sozialen Arbeitervertreter, allen voran Walther Lambach, der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes.

Es handelte sich bei den Vertretern eines deutschnationalen Tory-Konservatismus aber weder um Vernunft- noch um Überzeugungsrepu-

<sup>17</sup> Ohne deshalb notwendig Hitler unterstützen zu müssen. Vgl. hierzu insbesondere: *Flemming*, Konservatismus (wie Anm. 1).

<sup>18</sup> Vgl. *Hamel*, Völkische Bewegung (wie Anm. 14); *Amrei Stupperich*, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1933. Göttingen 1982; die ideologische Seite überspitzend: *Stephanie Merkenich*, Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933. Düsseldorf 1998; *Bernd Weisbrod*, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise. Wuppertal 1978.



blikaner. Vielmehr bezeichneten sie sich als Monarchisten, und sie hielten die Republik lange Zeit keineswegs für eine gute Sache. Ihr pragmatischer Republikanismus war keine Ursache, sondern vielmehr ein Effekt der Funktionsdynamik des politischen Systems, das es kaum erlaubte, sich der Kooperation zu entziehen. Die korporatistische Organisation des Wirtschaftslebens, wie sie sich im Reichswirtschaftsrat, der Zwangsschlichtung und den Betriebsräten zeigte, wies auf mittel- und langfristige Gesprächsfähigkeit, denn es würde auch morgen noch Tarifstreitigkeiten und Einigungsbedarf geben. Die Entscheidungsfindung in den politischen Wahlgremien basierte auf der Aushandlung und Ausartierung unterschiedlicher Interessen und führte dazu, daß grundsätzliche Fragen nach der Legitimität des Systems gegenüber den Detailproblemen, gegenüber der Effizienz von Regelungen und den unintendierten Nebenwirkungen in den Hintergrund rückten. Der Einfluß der Interessenverbände, die wie auch in anderen Parteien einen erklecklichen Teil zur Parteifinanzierung beitrugen und deshalb Mitsprache an der deutschnationalen Politik verlangten, zielte genau auf diese Verhandlungsfähigkeit, nicht zuletzt auch außenpolitisch. Denn Arbeitnehmervertreter wie Unternehmer hatten ein Interesse an ökonomischer Stabilisierung und votierten deshalb in außenpolitischen und Reparationsfragen für konstruktive Lösungen.

Diese Funktionsdynamik hatte ein Korrelat in den Regeln der institutionellen politischen Kommunikation. Parlamentarisches Handeln forderte Kooperationsfähigkeit, und zwar mehr als im Kaiserreich, weil die Entscheidungsmacht des Reichstags größer war als vor 1918, nun aber die Fronten fließender waren und die Koalitionen sich schnell neu gruppieren konnten. Der Gegner von heute konnte morgen ein Partner sein, und namentlich diejenigen, die länger Mitglied in den Gremien waren, entwickelten teilweise freundschaftliche Beziehungen über die Parteien hinweg. Diese Beziehungen erhielten Rückendeckung durch einen gesellschaftlichen Diskurs, der von der Sehnsucht nach Einheit bestimmt war. Die fragmentierte Gesellschaft war Realität, ebenso aber auch der Überdruß an ihr. Er dokumentierte sich in der parteiübergreifenden Anziehungskraft des Begriffs der Volksgemeinschaft.<sup>19</sup> Dieser

<sup>19</sup> Dieser parteiübergreifende Charakter ist bisher weitgehend übersehen worden. Vgl. *Jeffrey Verhey*, *Der ‚Geist von 1914‘ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*. Hamburg 2000, 346–355, sowie ein Beispiel aus der SPD: *Jürgen Mittag*, *Wilhelm Keil (1870–1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*. Düsseldorf 2001, 260f.

Diskurs entfaltete integrierende Schleppeffekte, denen man sich zumindest rhetorisch nicht entziehen konnte: Wer von der Volksgemeinschaft sprach, konnte die Sozialpolitik nicht verdammern, ohne der Unwahrscheinlichkeit geziehen zu werden. Vor dem Hintergrund eines hohen Authentizitätsanspruchs an die Politiker konnte ein solcher Vorwurf sich katastrophal auswirken. Auch international galt die Bindekraft von Konventionen, wollte die DNVP sich nicht den Vorwurf der Kommunikationsunfähigkeit zuziehen. Versailles, der Dawes-Plan, Locarno: all diese Abschlüsse wurden von der DNVP teils wütend bekämpft. Dennoch mußte sie, wollte sie an der Regierung beteiligt werden, diese Abkommen einhalten. Die Strategie der DNVP – scharfe Ablehnung, letztlich aber Einhaltung der Verträge – ist eher als eine Beschwichtigungsstrategie für die maximalistische Wählerschaft zu interpretieren denn als politischer Betrug.

Es dauerte aber einige Jahre, bis sich die Partei nach dem Schock der Niederlage und des Versailler Vertrags neu situiert hatte. Insbesondere die Militärs und der preußische Landadel durchliefen mit der Verkleinerung von Heer und Marine und der personellen Ausdünnung des Offizierskorps eine existentielle Krise, die ebenso eine materielle wie eine Sinnkrise war.<sup>20</sup> Es waren diese Gruppen, die den unbändigen Haß kultivierten, der für Teile der DNVP kennzeichnend war und der in der Unterstützung der Freikorps und in einer putschistischen Atmosphäre seinen Ausdruck fand. Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch war dies aber vorbei. Die Hierarchie der DNVP war mit dem Putsch nicht befaßt gewesen, bis auf den Nationalversammlungsabgeordneten Gottfried Traub, der aber ohne Absprache mit der Parteiführung gehandelt hatte.<sup>21</sup> Unter dem Eindruck des phänomenalen Mißerfolgs dieses Unternehmens sowie unter dem Druck von Öffentlichkeit und anderen Parteien, sich vom Putschismus loszusagen, distanzierte sich die Partei. Doch auch die eigene Basis entwickelte das Bedürfnis nach Normalität

<sup>20</sup> *Marcus Funck*, Schock und Chance. Der preußische Militäradel in der Weimarer Republik zwischen Stand und Profession, in: Heinz Reif (Hrsg.), *Adel und Bürger-tum in Deutschland: Entwicklungslinien und Wendepunkte im 19. Jahrhundert*. Bd. 2, Berlin 2001, 127–171.

<sup>21</sup> Vgl. *Liebe*, *Deutschnationale Volkspartei* (wie Anm. 4), 54f.; im Vorfeld wußte Westarp von den Plänen, wurde aber schließlich nicht unterrichtet. Vgl. *Johannes Erger*, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*. Düsseldorf 1967, 65f.

und verlangte positive Mitarbeit.<sup>22</sup> Ab diesem Zeitpunkt war, auch unter dem Einfluß der nun beherrschenden politischen Gestalten, Oskar Hergts und Karl Helfferichs, eine gewaltsame Änderung des politischen Systems kein Thema mehr in der DNVP, und im Herbst 1920 meinte Helfferich auf einer Vorstandssitzung: „Wer mir mit dem Staatsstreich kommt, den werfe ich die Treppe hinunter.“<sup>23</sup> Der Mord an Walther Rathenau, dessen Urheber nichts mit der DNVP-Hierarchie zu tun hatten, verstärkte diese Entwicklung noch. Die scharfe Sprache und die weiter bestehenden Verbindungen einzelner Mandatsträger nach rechts führten zu Josef Wirths berühmten Ausruf „Der Feind steht rechts“ und der Forderung, daß die DNVP sich von ihrem rechten Flügel lossagen müsse, wolle sie weiterhin glaubwürdig bleiben. Unter diesem Druck trennte sich die DNVP 1922 von ihrem radikalen völkischen Flügel, der als „Deutsch-Völkische Freiheitspartei“ 1924 mit der NSDAP eine Fraktionsgemeinschaft einging. Daß die Meinung der Parteibasis zu diesem Schritt geteilt war, weist darauf hin, daß zu dieser Zeit die Anerkennung der politischen Autorität der Mandatsträger von seiten der Mitgliederschaft nicht in Frage stand.<sup>24</sup>

Die Republikanisierung der DNVP zeigte sich also zunächst als eine Absetzbewegung von den rechtsradikalen Gruppen, zuerst der militärischen Desperados, dann der Völkischen; keine Trennung erfolgte von den Alldeutschen unter Führung von Heinrich Claß und Alfred Hugenberg, die sich aber in dieser Phase auch still verhielten und keinen Anlaß zum Streit gaben. Nun wurde deutlich, daß der Weg der DNVP in die Republik hineinführte, allen widerstreitenden Äußerungen zum Trotz.<sup>25</sup> Trotz schärfster Opposition war es Karl Helfferich, der in der Hyperinflation den Plan der Rentenmark entwarf, der schließlich die Währungsreform einleiten sollte. Das Motiv hinter solchem Handeln skizzierte Helfferich während einer Reichstagsrede am 26. Januar

<sup>22</sup> Jan Striesow, *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922*. Bd. 1. Frankfurt am Main 1981, 248.

<sup>23</sup> Zit. nach *Hans von Schlange-Schönningen*. Am Tag danach. Hamburg 1946, 28.

<sup>24</sup> Striesow, *Deutschnationale Volkspartei* (wie Anm. 22), 376f.

<sup>25</sup> Vgl. *Hertzman*, DNVP (wie Anm. 4), 165–203. Die einzelnen Schritte dahin waren in der DNVP durchaus umstritten. So drängte Hauptgeschäftsführer von Lindener-Wildau auf möglichst schnelle Regierungsbeteiligung, weil er befürchtete, die DNVP werde in der Opposition auf die Dauer an Anhang verlieren; Graf Westarp jedoch hielt davor noch eine Phase der scharfen Opposition für notwendig. Vgl. den Schriftwechsel in: *Roland Thimme*, *Stresemann und die deutsche Volkspartei 1923–1925*. Lübeck 1961, 89f.

1923, die im Zeichen des Ruhrkampfes stand: „Wir werden uns nicht mit dem Fluch beladen, die höchste Not des Vaterlands zu einer inneren Staatsumwälzung zu benutzen. Wir kennen in solchen Lagen nur einen einzigen Feind: den, der mit Waffengewalt in Deutschlands Gebiet eingebrochen ist. ... Wer mit uns nach diesem Ziel marschiert, der ist unser Bundesgenosse, der steht mit uns in unlösbarer Kampfesbrüderschaft, er mag wollen oder er mag nicht wollen, er mag in allen Fragen zweiter und dritter Ordnung unser Gegner sein. Wir verteidigen unser Vaterland so, wie es ist. Über die innere Einrichtung unseres Hauses werden wir uns unterhalten, wenn unser Haus von dem auswärtigen Feind gesäubert und gegen weitere Bedrohungen vor solchen Gewalt einbrüchen von außen gesichert ist.“<sup>26</sup>

Was dieses Pathos in der Realität bedeutete, zeigte sich in einer Reihe von Auseinandersetzungen, in denen jeweils die Grundlinien der künftigen Politik verhandelt wurden: Sollte Deutschland eine Wiederaufbaupolitik betreiben, die auf Kooperation und wirtschaftlichen Austausch zielte, oder sollte es seine nationale Ehre wiederherstellen? Die Entscheidungen in diesen Konflikten wurden gleichzeitig immer als Entscheidungen für oder gegen die Republik aufgefaßt. In fast allen Fällen hat die DNVP die erste Option gewählt – gedrängt und gestoßen von den anderen Parteien, immer in der inneren Zerreißprobe, aber doch mit zunehmender Konstanz.

Beim Dawes-Plan stellte sich diese Frage nach Prinzipientreue oder Pragmatik das erste Mal in aller Schärfe.<sup>27</sup> Denn für die radikalen Nationalisten war der Dawes-Plan ein „zweites Versailles“, das aus der Kriegsschuld Klausel reale Tributpflichtigkeit machte; für die deutsche Industrie hingegen war die damit verbundene Aussicht auf Auslandskredite die Voraussetzung für den ökonomischen Aufschwung in Deutschland. Es war deshalb auch für die deutschnationalen Industrievertreter keine Frage, daß dem Plan zuzustimmen sei. Ein taktisches Nein verbot sich, weil ein Teil des Dawes-Plans – die Internationalisierung der Eisenbahn – verfassungsändernd und deshalb eine Zweidrittelmehrheit vonnöten war. Die Vertreter der Interessenverbände, besonders der Arbeitgeber, betrieben im Vorfeld intensives Lobbying für die Annahme des Plans durch die DNVP; auch der Chef der Reichswehr-

<sup>26</sup> Deutscher Reichstag. 291. Sitzung v. 26. 1. 1923. Stenographische Berichte. Bd. 358. 9516.

<sup>27</sup> Hierzu: *Liebe*, DNVP (wie Anm. 4), 81 f.; *Hertzman*, DNVP (wie Anm. 4), 204–239.

führung, Hans von Seeckt, wirkte auf die DNVP ein, dem Plan zuzustimmen, weil er bei einer Ablehnung Folgen für die alliierte Militärkontrolle befürchtete.<sup>28</sup> Sie waren nur teilweise erfolgreich. Bei der Abstimmung votierten die Deutschnationalen das erste Mal gespalten: 48 Abgeordnete stimmten dafür – vor allem die Interessenvertreter, die westelbischen Abgeordneten sowie diejenigen, die dem Reichstag schon länger angehörten –, 52 dagegen, darunter die meisten Ostelbier, Neulinge und die Mitglieder des Alldeutschen Verbandes. Alfred Hugenberg hatte sich an der Abstimmung nicht beteiligt, was ihm noch Jahre später zum Vorwurf gemacht wurde.<sup>29</sup>

Damit war der Weg offen für eine weitergehende Integration der DNVP; in den Kabinetten Luther I (1925/26) und Marx IV (1927/28) stellte sie jeweils mehrere Minister. Die Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen war von vielen gefürchtet worden. Doch weder betrieb Innenminister von Keudell gezielt die Entrepublikanisierung der Beamtenschaft, noch sorgte Finanzminister von Schlieben für den Zusammenbruch der Staatsfinanzen. Mehr noch: Die DNVP war es, die für manche sozialpolitischen Reformprojekte, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, in dieser Phase verantwortlich zeichnete.<sup>30</sup> Sogar das Republikenschutzgesetz wurde 1927 mit den Stimmen einer zähneknirschenden DNVP verlängert, und es klang manchem von ihnen in den Ohren, daß der deutschnationale Innenminister von Keudell sich von der NSDAP genau die Befolgung des Gesetzes vorhalten lassen mußte.<sup>31</sup> In dieser Phase war vor allem in den politischen Gremien hinter den Kulissen, aber auch im Reichstagsplenum nicht mehr viel davon zu spüren, daß die Republik umstritten sein sollte. In den Ausschüssen arbeiteten die Spezialisten verschiedener Parteien eng zusammen, wie etwa im Haushaltsausschuß der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding, der Zentrumsvertreter Heinrich Brüning und der Deutschnationale Rein-

<sup>28</sup> *Hans von Seeckt*, Aus meinem Leben 1918–1936. Hrsg.v. Friedrich von Rabenau. Leipzig o. J. (1937), 405.

<sup>29</sup> Vgl. Vorwärts Nr. 415 v. 5. 9. 1929: Hugenberg war zu Bett (im Umfeld des Young-Plans).

<sup>30</sup> Vgl. *Peter Lewek*, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1918–1927. Stuttgart 1992.

<sup>31</sup> *Martin Döring*, „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik. Düsseldorf 2001, 164. Für die Nationalsozialisten war das ein besonderer Ausweis deutschnationaler Gesinnungsschwäche, hatte doch von Keudell 1920 als Landrat mit den Kapp-Putschisten zusammengearbeitet und war deshalb aus dem Staatsdienst entlassen worden.

hold Quaatz. Über die Jahre entstanden hier persönliche Beziehungen, die die politischen Grenzen transzendieren konnten und Integrations-effekte zeitigten, welche die programmatischen Differenzen in den Hintergrund drängten.<sup>32</sup>

Einen deutlichen Schub erhielt der deutschnationale Tory-Konservatismus durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Denn wenn diese auch letztlich nur durch das Beharren der KPD auf einem eigenen Kandidaten möglich geworden war, zeigte sich hier doch, daß die Rechte eigene Mehrheiten organisieren konnte, und an Hindenburgs Verhalten darüber hinaus, daß diese Rechte nicht staatsgefährlich sein müsse. Der ehemalige kaiserliche General machte deutlich, daß er sich an seinen Eid auf die Republik halten werde und sich nicht als ein Steigbügelhalter der Monarchie verstehe. Damit sorgte er bei der alt-preußischen Rechten für Enttäuschung, denn ein wesentliches Glied in der Kette des deutschnationalen Integrationsprozesses war das rapide Verschwinden des Monarchismus. Das lag nicht nur an den Erfolgen der Republik, sondern mehr noch an den Legitimitätsproblemen der Hohenzollernmonarchie. Der Monarchismus in der Weimarer Republik war von vornherein mit dem Problem behaftet, daß es ihm an einem Monarchen mangelte; denn die Flucht Wilhelms II. nach Holland wurde auch von vielen überzeugten Royalisten als Desertion angesehen.<sup>33</sup> Somit war, nachdem seit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch auch die Diktatur diskreditiert war, auf der Rechten keine alternative Option zur Republik mehr zu sehen. Während der Zeit, da die DNVP an der Regierung beteiligt war, hat sie nichts unternommen, um das politische System zu ändern. Freilich kritisierte sie die Zähigkeit und geringe Effizienz der parlamentarischen Tätigkeit; freilich nahm sie die Intransigenz der Parteien, die geringe Stabilität der Regierungen und die Neigung, Regierungen aus geringem Anlaß zu stürzen, aufs Korn. Damit aber sprach sie strukturelle Schwächen der Weimarer Demokratie an,

<sup>32</sup> *Heinrich Brüning*, *Memoiren 1918–1934*. Stuttgart 1970, 115. Beispiele auch bei: *Werner Stephan*, *Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen*. Düsseldorf 1983, 144; *Heinrich Köhler*, *Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949*. Hrsg. v. Josef Becker. Stuttgart 1964, 315.

<sup>33</sup> Vgl. *Arne Hoffmann*, „Wir sind das alte Deutschland, das Deutschland, wie es war“. Der „Bund der Aufrechten“ in der Weimarer Republik. Frankfurt am Main 1998, 21 ff.; *Friedrich Hiller von Gaertringen*, *Zur Beurteilung des Monarchismus in der Weimarer Republik*, in: Gotthard Jasper (Hrsg.), *Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson*. Berlin 1976, 138–185.

die auch von Beobachtern anderer politischer Lager thematisiert wurden.<sup>34</sup> Im Jahre 1927 konstatierte der ehemalige Justizminister Gustav Radbruch, daß die DNVP beginne, sich in der Republik häuslich einzurichten.<sup>35</sup> Indes: Den Sozialdemokraten erfüllte dies nicht mit Freude über den Erfolg der Staatsform, vielmehr notierte er mit Unbehagen, daß die Deutschnationalen sich „breit und bequem in den Sessel“ setzten, der, so klang es durch, eigentlich den Sozialdemokraten vorbehalten war.

## II.

Die DNVP hatte von allen Parteien den weitesten Weg in die Republik zu gehen, und sie ging ihn in den zwanziger Jahren ein gutes Stück. Diese Anstrengung wurde ihr aber nicht honoriert, sondern vielmehr als fortgesetzte Charakterschwäche ausgelegt, und das von zwei Seiten: erstens vom politischen Gegner, und zweitens von den eigenen Mitgliedern. Seitens des politischen Gegners wurden ihre Anstrengungen, in der Republik anzukommen, als Ausdruck schlechter politischer Moral denunziert. So konnte 1925 der Demokrat Ludwig Haas mit Bezug auf die teilweise deutschnationale Zustimmung zum Dawes-Plan dem Grafen Westarp ein „gebrochenes Rückgrat“ attestieren.<sup>36</sup> Als die Partei 1927 nach schweren inneren Auseinandersetzungen die Zustimmung zur Fortschreibung des Republikenschutzgesetzes signalisierte, wurde ihr dies von den Sozialdemokraten als Verrat an den eigenen Prinzipien angerechnet. Hermann Müller hielt ihr süffisant vor, „daß Sie unter der Führung der Herren Hergt und v. Keudell die Republik schützen, während sich Wilhelm II. in Doorn den Bart bei lebendigem Leibe durch den Tisch wachsen lassen kann“. Er prophezeite Graf Westarp, dem Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion: „... wenn Ihnen nach dieser Haltung die nationalen Wähler treu bleiben, dann wird keine Partei Sie um solche Wähler beneiden“.<sup>37</sup> Die Folge einer solchen Stig-

<sup>34</sup> Vgl. *Christian Jansen, Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935*. Göttingen 1992. 215 ff.

<sup>35</sup> *Volks-Zeitung* (Heidelberg) v. 4. 6. 1927: Dem Reichsbanner zum Gruß. Von G. Radbruch.

<sup>36</sup> *Deutscher Reichstag*, 11. Sitzung v. 22. 1. 1925. *Stenographische Berichte*. Bd. 384, 204.

<sup>37</sup> *Deutscher Reichstag*, 326. Sitzung v. 17. 5. 1927. *Stenographische Berichte*. Bd. 393, 10763 f.

matisierung war eine kontinuierliche Frustration bei denjenigen, die eine Annäherung an die Republik verfochten.

Auf eine ähnliche Haltung stieß die DNVP allerdings auch bei ihren eigenen Mitgliedern. Denn in dem Maß, in dem die Berufspolitiker der DNVP die Integration in den Weimarer Staat vorantrieben, wurde die Basis unruhig. Dies war einem wachen politischen Beobachter wie dem Demokraten Hellmuth von Gerlach schon im Umfeld des Dawes-Plans aufgefallen.<sup>38</sup> Seit 1926 erreichten die Hauptgeschäftsstelle gehäuft Briefe, die die „Weimarisierung“ der DNVP beklagten und ihr vorwarfen, sie schwenke insgeheim auf die Locarno- und Völkerbundpolitik der Mittelparteien ein.<sup>39</sup> In dieser Kritik an der Kooperationsbereitschaft der Berufspolitiker fand auch die rassistische Politik, von der die völkische Rechte lebte und die „Reinheit“ und „Standfestigkeit“ propagierte, eine echte Basis. Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, sah es geradezu als eine Aufgabe der Alldeutschen an, „im Lande draußen die Partei gegen die Fraktion mobil zu machen“.<sup>40</sup>

Dies waren also nicht nur Effekte einer antidemokratischen Grundhaltung der deutschnationalen Klientel, sondern auch Sekundäreffekte der Modernisierung der Politik, die in anderen Parteien ebenfalls auftraten und die bis heute eine Begleiterscheinung aller komplexen politischen Systeme geblieben sind. Seit dem 19. Jahrhundert traten zu den alten Topoi der Politikerkritik, etwa dem Vorwurf der Bereicherung und der Manipulation der öffentlichen Meinung, neue, die Ausfluß einer hohen Erwartung an die Leistungsfähigkeit der Politik waren, Erwartungen, die teilweise von der Politik selbst produziert waren. Denn im Interesse ihrer Legitimation durch die Massen mußte sie viel mehr versprechen, als sie zu halten systematisch in der Lage war.<sup>41</sup> Die Profes-

<sup>38</sup> In einem seiner monatlichen Berichte an die amerikanische Carnegie-Stiftung bescheinigte er den Führungspersonen in der DNVP, sie seien gar nicht gegen den Plan, wagten es aber aus Angst vor ihrer Basis nicht, ihn uneingeschränkt zu bejahen. *Hellmuth von Gerlach*, Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmuth von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922–1930. Hrsg. v. Karl Holl u. Adolf Wild. Bremen 1973, 111 (Bericht v. 8. 6. 1924).

<sup>39</sup> So z. B. der Gutsbesitzer und ehemalige Freikorps-Kommandant Freiherr von Autenried an Parteisekretär Könnecke, 6. 5. 1927; Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 8005 11, 65. Hier noch weitere Briefe an die Hauptgeschäftsstelle. Weitere Beispiele bei: *Flemming*, Konservatismus (wie Anm. 1), 314 f.

<sup>40</sup> Zit. nach *Michael Stürmer*, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1967, 193.

<sup>41</sup> Dieses theoretische Argument einer Selbstüberlastung der Politik ist von Willi-



sionalisierung der Politik verstärkte diesen Prozeß noch, weil nun die Ausbildung einer politischen Klasse und ihre wachsende Spezialisierung die Kommunikation zwischen Mandatsträgern und Wählern erschwerten; erst jetzt konnte eine „politische Klasse“ als Ausdruck der Distanz zwischen Politikern und Basis wahrgenommen werden. Die Analyse der Oligarchisierung der Parteien, die gleichzeitig eine Kritik an diesem Prozeß war, fiel ebenfalls in diesen Zeitraum.<sup>42</sup> Das Phänomen der unerfüllbaren Erwartungen war ein internationales und parteiübergreifendes Phänomen, das ab dem Zeitpunkt auftrat, da Politik der breiten Legitimation bedurfte.

In Deutschland gab es hingegen verschiedene Momente, die dieses Phänomen besonders ausgeprägt erscheinen lassen; zum einen hat die Milieuverankerung der politischen Parteien einen Maximalismus der politischen Zielbeschreibungen hervorgebracht, der die Echtheit der politischen Überzeugung dem Kompromiß generell vorzuziehen geneigt war.<sup>43</sup> Gerade der Wechsel der Überzeugung vom Monarchismus zur Demokratie erregte Mißtrauen, seien es Offiziere, bei denen Reichswehrminister Geßler Prinzipienlosigkeit vermutete, wenn sie sich als demokratisch bekannten<sup>44</sup>, sei es der demokratische Innenminister Wilhelm Külz, der 1926 in die öffentliche Kritik geriet, weil er als ehemaliger Verehrer Wilhelms II. entlarvt wurde<sup>45</sup>. Für Deutschland war weiterhin kennzeichnend, daß nach der Niederlage des Ersten Weltkriegs gesellschaftliche Integrationsfunktionen in hohem Maß der Politik zugeschrieben wurden. Sie war es, die das zerrissene deutsche Volk einigen sollte. Die Erwartungen an den Führer, die Volksgemein-

balld Steimetz anhand von Wahrechtsdebatten im britischen Unterhaus aufgewiesen worden. Weil die britische Politik sich eher der Legitimation durch die Massen öffnete, traten diese Folgeprobleme dort auch früher auf. Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume: England 1780–1867*. Stuttgart 1993.

<sup>42</sup> Vgl. etwa *Robert Michels*, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* (1911). 4. Aufl. Stuttgart 1989.

<sup>43</sup> Vgl. generell *M. Rainer Lepsius*, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft* (1966), in: ders., *Demokratie in Deutschland*. Göttingen 1993, 25–50.

<sup>44</sup> *Heiner Möllers*, *Reichswehrminister Otto Geßler. Eine Studie zu „unpolitischer“ Militärpolitik in der Weimarer Republik*. Frankfurt am Main 1998, 56.

<sup>45</sup> Er hatte noch 1919 eine Rede zu Kaisers Geburtstag gehalten, in der er diesen als den „Deutschesten der Deutschen“ bezeichnet hatte. Vgl. das Dossier: BA Berlin, R 8034 III, 257.

schaft und einen Staat, der durch seine Interventionen, etwa in der Zwangsschlichtung, die Klassenkonflikte glätten sollte, zeugen von diesen überzogenen Erwartungen an die Politik. Dies wird besonders daran deutlich, daß es bei Wahlen in der Weimarer Republik keinen Regierungsbonus, sondern umgekehrt einen Malus gab: Das unvermeidbare Zurückbleiben hinter den hohen Erwartungen hatte zur Folge, daß die beteiligten Parteien abgestraft wurden. Von dieser Regel machte nur die Wahl vom Dezember 1924 eine Ausnahme, als die beteiligten Parteien Zentrum, DVP und DDP ihre Stimmen in etwa halten konnten. Die Wahlniederlage der SPD 1920 oder die der DNVP 1928 sind auch zeitgenössisch als die Folge der Regierungsbeteiligung verstanden worden. Der stete Niedergang der DDP von einer Volks- zu einer Splitterpartei innerhalb von zehn Jahren ist von Parteistrategen auf ihr starkes Engagement in den Reichsregierungen zurückgeführt worden. Die DDP glorifizierte diesen „Mut zur Unpopularität“ und machte es sich zum „Glaubenssatz, daß sie die geschichtliche Aufgabe habe, der Republik zum Siege zu verhelfen, auch wenn sie sich dabei selber opfern müsse“.<sup>46</sup> Ganz selbstverständlich ging der Sozialdemokrat Gustav Radbruch davon aus, daß Regieren notwendigerweise Stimmenverlust bedeutete.<sup>47</sup>

Trotzdem mußte, wie der Reichskanzler Hans Luther meinte, irgendwie regiert werden, und die DNVP mußte sich daran beteiligen, wollte sie für die Interessen, die sie vertrat, etwas erreichen. Indem sie sich an den Verhandlungstisch der Interessen setzte, begab sie sich aber in eine Dynamik der politischen Kommunikation, die einen zentripetalen Sog entfaltete, dem sie sich nicht entziehen konnte. Hier war es schwer, grundsätzlich zu bleiben und die Ablehnung der Republik glaubwürdig zu vertreten. Vielmehr mußten die prozeduralen Voraussetzungen des politischen Systems vorerst akzeptiert werden und als Rahmen für kurz- und mittelfristige Vereinbarungen dienen. Dieser Mechanismus war es, der zu einer vorläufigen Akzeptanz der Republik verhalf, der aber auch die Parteibasis beständig an der Ernsthaftigkeit des Willens ihrer Führung zum grundlegenden politischen Wechsel zweifeln ließ.

<sup>46</sup> *Walter Goetz*, Die demokratischen Fraktionen im Reich, in den Ländern und in den Länderparlamenten, in: Anton Erkelenz (Hrsg.), *Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik*, Berlin 1928, 148–169, 154, 169.

<sup>47</sup> *Gustav Radbruch*, *Der innere Weg. Aufriß meines Lebens*, Göttingen 1961, 178 f.

Das Ausmaß, in dem die DNVP eine Tory-Partei war, zeigt sich in den Abspaltungen, die seit 1928 eintraten, als Hugenberg die Partei rechtsradikal formierte. An diesen Vorgängen ist zu sehen, daß der größte Teil der deutschnationalen Mandatsträger Hugenberg nicht unterstützte. Für die Partei war die Reichstagswahl vom Mai 1928 ein Desaster.<sup>48</sup> Bei nur geringfügig gesunkener Wahlbeteiligung verlor die Partei ein Drittel ihrer Wähler und sank von 20,5 auf 14,5 Prozent. Damit blieben ihr nun statt 111 nur mehr 78 Mandate, die Hospitanten eingerechnet. War das die Quittung für ihren pragmatischen Republikanismus oder umgekehrt für die Zögerlichkeit und Ambivalenz ihrer Wendung zum Weimarer Staat? Diese beiden Erklärungsmuster bildeten die Gegenpole bei der Diskussion über die Niederlage. Einerseits hieß es, die Partei habe es nicht geschafft, Volkspartei zu werden, und namentlich die Arbeiter und die Jungwähler nicht in genügendem Maße angezogen. Andererseits wurde eingewendet, die DNVP habe sich zu sehr der Republik angepaßt, sie müsse wieder zur Speerspitze der radikalen Rechten werden.<sup>49</sup> Den Wahlkampf hatte die Partei im Zeichen eines konservativen Republikanismus geführt, ihren Willen zur Mitarbeit betont und stolz auf ihre Teilnahme an zwei Reichsregierungen verwiesen.<sup>50</sup> So stand die Position „zu wenig Republikanismus“ auf schwachen Füßen und geriet unter Beschuß von der radikalen Rechten, die sich maßgeblich auf den Alldeutschen Verband stützte, der in Paul Bang, Gottfried Gok, Alfred Hugenberg und Axel von Freytagh-Loringhoven seine Vertreter im Reichstag sitzen hatte. Der Vorsitzende der Alldeutschen, Heinrich Claß, hatte 1926 Alfred Hugenberg dazu bewogen, sich wieder in die politische Öffentlichkeit zu begeben.<sup>51</sup> Bis dahin war dieser, obwohl seit der Nationalversammlung Mitglied des Reichsparlaments, so gut wie nie hervorgetreten. In der Stille hatte er

<sup>48</sup> Vgl. zum Folgenden *Chanady*, Disintegration (wie Anm. 5); *Walker*, German Nationalist People's Party (wie Anm. 4); *Dörr*, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 4), 362 ff.

<sup>49</sup> Exemplarisch die Auseinandersetzung zwischen Graf Westarp und Hugenberg in der Reichstagsfraktion am 12. 6. 1928: *John A. Leopold*, Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimarer Republik. New Haven 1977, 45.

<sup>50</sup> So der Tenor in Wahlkampfreden Wallrafs, Schlange-Schöningens, Hugenbergs und Hergts, die auf Schallplatten vertrieben wurden. Tonbandaufnahme im Besitz des Vf.s.

<sup>51</sup> *Leopold*, Hugenberg (wie Anm. 49), 33 f. Zum Verhältnis von Alldeutschen und DNVP nach 1925 vgl. *Stürmer*, Koalition (wie Anm. 40), 190–196.

sich allerdings die finanzielle Notlage der deutschnationalen Landesverbände und deren organisatorische Unterausstattung zunutze gemacht und durch Zuwendungen, gekoppelt an personelle Änderungen des Apparats und der Vorstände, eine Reihe von Landesverbänden auf rechtsradikale Linie gebracht.<sup>52</sup> Nun, nach der Wahl 1928, setzte Hugenberg zur Übernahme der Partei an. Schon im Juli meldeten fünfzehn Landesverbände formell ihre Unzufriedenheit mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Graf Westarp an und ließen die Möglichkeit einer Abspaltung durchblicken<sup>53</sup>; trotz solch harscher Kritik wurde jedoch Westarp als Vorsitzender der Reichstagsfraktion wiedergewählt.

Den Anlaß für den Konflikt zwischen Tory-Konservativen und Rechtsradikalen bot ein Artikel des Angestelltenfunktionärs Walther Lambach in der ‚Politischen Wochenschrift‘, einer jungkonservativen intellektuellen Zeitschrift.<sup>54</sup> Lambach führte darin die Wahlniederlage darauf zurück, daß die Partei mit ihrem Bekenntnis zum Monarchismus die Jugend nicht mehr erreiche; „Kaiser und Könige sind für die jetzt heranwachsenden Wählergenerationen nicht mehr geheiligte verehrungswürdige Personen bzw. Institutionen. Sie sind für die Jugend zu Film- und Bühnensangelegenheiten geworden.“ Die Wahl Hindenburgs, der inzwischen die Gestalt des Kaisers überrage, habe den Weg gewiesen: hin auf eine plebiszitär legitimierte, „volkskonservative“ Demokratie. Als Konsequenz daraus müsse die DNVP sich für Republikaner programmatisch und personell öffnen. Die Folgerung aus der neuen Einstellung zur republikanischen Staatsform müsse auch eine personelle Änderung in der Fraktionsführung sein. Die Zukunft der DNVP sah Lambach nicht in einer monarchistischen Partei, sondern in einer „volkskonservativen Partei der Selbsthilfe“.

Damit war ein Programm umrissen, das sich schon in den vergangenen Jahren in der praktischen Politik der Deutschnationalen gezeigt hatte: die bisher sozialdemokratisch verstandene Staatsform konservativ zu wenden, ohne die Republik selbst in Frage zu stellen. Lambach,

<sup>52</sup> Vgl. *Holzbach*, Das System Hugenberg (wie Anm. 6).

<sup>53</sup> *Dörr*, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 4), 406f.

<sup>54</sup> *Walther Lambach*, Monarchismus, in: *Politische Wochenschrift* v. 14. 6. 1928, 495–498; Wiederabdr. in: *Dörr*, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 4), 554–556. Vgl. zum „Fall Lambach“ v.a. ebd. 394–415; *Jonas*, Volkskonservative (wie Anm. 6), 33–37; *Hamel*, Völkischer Verband (wie Anm. 14), 220–223.

der sich selbst als Monarchist bezeichnete<sup>55</sup>, trat damit eine Lawine von Debattenbeiträgen los, die sich darum drehten, inwieweit Republik und Monarchie als politische Überzeugungen in einer Partei vereinbar seien.<sup>56</sup> Während die Zeitungen des rechten Randes Stimmung gegen Lambach machten<sup>57</sup>, führten seine Überlegungen bei einem großen Teil der Kommentatoren zu nachdenklichen Reflexionen über die Bedeutung des politischen Pragmatismus. Denn eine Reihe von Basisorganisationen hatte kundgetan, daß sich unter ihren Mitgliedern sowohl Monarchisten als auch Republikaner befänden, daß für einen Großteil der Mitglieder die Frage aber gar nicht von Bedeutung sei.<sup>58</sup>

Gottfried Treviranus, einer der Wortführer der Jungkonservativen, nannte die DNVP „die genialste politische Konzeption der Nachkriegszeit“ deshalb, weil sie sich die Aufgabe gestellt habe, „unabhängig von einem Kampf um die Staatsform dem Volk zu dienen“. Er war der Ansicht, daß die grundsätzliche Entscheidung für die Mitarbeit im Weimarer Staat schon mit dem Gründungsprogramm der DNVP vollzogen worden sei und kritisierte die Überspitzungen auf der einen wie der anderen Seite. In dieser Hinsicht konstatierte er ein Zusammenwirken von politischen Gegnern auf der Linken und Systemgegnern in den eigenen Reihen, die mit ihrem Beharren auf dem politischen Prinzip die DNVP in eine permanente Zwickmühle gebracht hätten: „Das fortgesetzte Gerede vom Umfall, von Kapitulation vor Richtlinien hat eine Psychose erzeugt, die uns abträglich war. Die politischen Gegner waren des Nachdenkens über eine republikanische Idee enthoben, wenn sie die Rechte verdächtigten. Da andererseits konservatives Gedankengut nicht gerade in breiten deutschnationalen Kreisen durchgearbeitet wor-

<sup>55</sup> Kreuzzeitung Nr. 296 v. 29. 6. 1928: Westarp zu Lambach.

<sup>56</sup> Vgl. die Reaktionen im Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes: Deutsche Handelswacht Nr. 14 v. 25. 7. 1928, 282–287; Nr. 15 v. 10. 8. 1928, 306–310.

<sup>57</sup> Das Deutsche Tageblatt Nr. 154 v. 4. 7. 1928 sprach vom – so der Titel – „Sieg des republikanischen Untermenschen“. Die Deutsche Zeitung sammelte richtiggehend Stellungnahmen gegen ihn.

<sup>58</sup> So etwa der Angestelltenausschuß der DNVP Hannover. Abdr. in: Hannoverscher Kurier Nr. 298/299 v. 28. 6. 1928: Deutschnationale und Monarchie; ähnlich die deutschnationalen Handelsangestellten von Osnabrück (Vorwärts Nr. 305 v. 30. 6. 1928: Kundgebungen für Lambach). In dieselbe Kerbe hieb auch der Schriftleiter der Deutschen Handelswacht, des Zentralorgans des DHV: Viele Deutsche hätten lieber eine Republik unter Hindenburg als eine Monarchie unter Wilhelm II.: vgl. Der Jungdeutsche Nr. 150 v. 29. 6. 1928: DHV und Deutschnationale.

den ist, fanden sich genug unfreiwillige Helfer für die gegnerische Propaganda in unseren Reihen, die sich ihrerseits mit dem Hinweis auf die Unzulänglichkeit der republikanischen Einrichtungen glaubten in der politischen Werbearbeit Genüge tun zu können.“<sup>59</sup>

Der Rechtsintellektuelle Eduard Stadtler blieb hingegen grundsätzlich: Er warf Lambach Defätismus vor; ihm fehle die „pupillarische Sicherheit der Erkenntnis und die gesunde seelische Kraft des Handelns“. Monarchismus sei eben eine Überzeugung und kein „Kaffeezusatz zum billigen und bequemen Morgenfrühstück“. Der Volkskonservatismus, den Lambach vertrete, habe große Ähnlichkeit mit der demokratischen Volksideologie, „die das Volk nur in den wirtschaftsmaterialistischen und staatsbürgerlich aufklärerischen Massengebilden erkennen kann“.<sup>60</sup> Mithin ging es bei der Auseinandersetzung um Lambachs Artikel nicht nur um die Einstellung zur Staatsform, sondern vor allem um die Frage, wie pragmatisch die DNVP mit Überzeugungen umgehen dürfe.

Die Reichstagsfraktion begnügte sich Lambach gegenüber mit einer Mißbilligung. Die Parteivertretung, in der die Landesverbände eine starke Position innehatten, überwies den Fall jedoch den „Instanzen“, und das hieß: dem Landesverband Potsdam 2. Dieser schloß am 24. Juli Lambach aus der Partei aus.<sup>61</sup> Einen Monat später hob das Parteigericht diesen Ausschluß auf und sprach nur einen Verweis aus.<sup>62</sup> Einen Tag vor der Entscheidung des Parteigerichts griff aber Alfred Hugenberg selbst ein und stellte in einem vielbeachteten Artikel im „Tag“ sein Programm vor.<sup>63</sup> Es war radikal antipragmatisch und stellte die Alternative, ob die Partei „Block“ oder „Brei“ sein wolle. Damit nahm er ein Wort August Bebels auf, der von dem „großen bürgerlichen Brei“ gesprochen hatte, in dem schließlich alles, was vom Bürgertum noch übrig sei, zusammenlaufen werde; Hugenbergs Aufruf war als Rettungsbotschaft an das gesamte Bürgertum gedacht. Er entwarf das Programm einer ideologisch in sich konsistenten, radikal antirepublikanischen

<sup>59</sup> *Gottfried Treviranus*, Das Kaiserreich der Freiheit, in: Politische Wochenschrift v. 28. 6. 1928, zit. nach Neue Volkszeitung Nr. 154 v. 1. 7. 1928.

<sup>60</sup> Das Großdeutsche Reich, 26. 6. 1928: Monarchismus oder volksservativ. Von Eduard Stadtler.

<sup>61</sup> Ausschlußbeschuß in: *Dörr*, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 4), 560 ff.  
<sup>62</sup> Vgl. *Jonas*, Volkskonservative (wie Anm. 6), 33 ff.

<sup>63</sup> Der Tag Nr. 205 v. 26. 8. 1928: Block oder Brei? Von Alfred Hugenberg. Wiederabdr. in: *Dörr*, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 4), 588 f.

Partei, die auf dem Volksgemeinschaftsgedanken aufbaute, aber keine Volkspartei, sondern ein Elitenkader war. Seine Rhetorik war geprägt von einem ‚Alles-oder-Nichts‘-Gegensatz, der religiöse Züge trug: „Ein solcher Brei ist weder Schutzdamm noch Wehr noch Waffe. Was wir brauchen, ist nicht ein Brei, sondern ein Block. Im Brei werden wir untergehen, mit dem Block ist Sieg und Wiederaufbau eine Kleinigkeit. ... Wer uns auf dem Weg dazu hindern könnte, muß entweder beiseite treten oder sich einschmelzen lassen.“

### III.

Hugenberg galt in dieser Phase schon als kommender starker Mann der DNVP, obwohl er sich noch nicht offiziell geäußert hatte. Eine solche Favoritenstellung war nur möglich, weil seine Finanzmittel für die DNVP unverzichtbar waren und er mit Entzugsdrohungen nicht zimperlich war.<sup>64</sup> Unabhängig davon stellte sich allerdings die Frage nach Alternativen, denn die einzigen, die in dieser heterogenen Partei mehrheitsfähig hätten sein können, wären konservative Honoratioren der alten Schule wie Hergt, Westarp oder Wallraf gewesen, und diese stellten sich nicht zur Verfügung. Um die erwartete Kontroverse über die Führung zu vermeiden, schlug Reinhold Quaatz, der dem Hugenberg-Flügel angehörte, ein Triumvirat vor.<sup>65</sup> Doch eine Einigung über die Besetzung des Gremiums kam nicht zustande.

Inzwischen war aber Hugenberg zum Kampf um die Parteiführung entschlossen. Er war der Kandidat der Landesverbände, und als Bedingung für seine Wahl verlangte er weitgehende Vollmachten als Parteiführer. Auf einer Parteivertretertagung im Oktober 1928 wurde Hugenberg unter obskuren Umständen gewählt. Man vereinbarte nämlich nach langer Diskussion, daß die Zähler der geheimen Abstimmung das Ergebnis nicht bekanntgeben dürften, sondern lediglich mitteilen dürften, wer die Mehrheit erhalten hatte.<sup>66</sup> Die Presse interpretierte dies als eine Vorsichtsmaßnahme, um die schwache Position Hugenbergs zu kaschieren. Und dazu hatte dieser allen Grund, denn wie durch un-

<sup>64</sup> Vgl. ebd. 351 ff., 431 ff.; *Leopold, Hugenberg* (wie Anm. 49), 35 ff.

<sup>65</sup> *Hermann Weiß/Paul Hoser* (Hrsg.). *Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik*. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933. München 1989, 46 (Tagebucheintrag 27. 8. 1928).

<sup>66</sup> Einzelheiten der Wahl bei *Dörr, Deutschnationale Volkspartei* (wie Anm. 4), 442 ff.

dichte Stellen herausickerte, war dessen Mehrheit äußerst knapp gewesen und hatte bei etwa 280 Stimmberechtigten nur fünf oder gar nur eine Stimme betragen – und dies ganz ohne Gegenkandidaten!<sup>67</sup>

Hugenbergs erstes Ziel als Parteivorsitzender war, den Einfluß der Fraktion auf die Politik der Partei zu beschneiden; seine generelle Taktik bestand darin, sich an die Gremien zu wenden, in denen die Parteibasis und die Landesverbände am stärksten vertreten waren, und mit deren Legitimation den professionellen Politikern in der Fraktion ihr Recht zu bestreiten. Schon im September 1927 hatte er in einem Brief an Westarp die Ansicht vertreten, daß nicht die Fraktion, sondern die Partei im Lande die Wahrerin des nationalen Bewußtseins sei.<sup>68</sup> Dieser Gegensatz sollte das Kennzeichen der Auseinandersetzungen in der DNVP während der nächsten Jahre werden: Partei gegen Fraktion, und das hieß: rechter Radikalismus gegen pragmatischen Republikanismus. Das erste, was Hugenberg unternahm, war eine Säuberung des Parteiapparats von den Angehörigen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands. Im November und Dezember 1928 wurden sie größtenteils entlassen und durch Hugenberg-treue Leute ersetzt.<sup>69</sup> Im Dezember setzte Hugenberg eine Satzungsänderung durch, die alle Macht auf den Parteivorsitzenden konzentrierte. Die Zuständigkeit für die Parteiverwaltung wurde von anderen Gliederungen der Partei auf den Vorsitzenden übertragen. Die Parteileitung, die bisher eine selbständige Organisation zwischen Vorstand und Vorsitzendem war, wurde ersatzlos aufgelöst. Der Vorstand wurde entmachtet, indem der Vorsitzende aus seinen Reihen einen „Arbeitsausschuß“ bildete, dem allein noch die Beratung des Vorsitzenden oblag. Auch die Zusammensetzung des Vor-

<sup>67</sup> Von der DNVP wurde ein solch knappes Ergebnis dementiert. Der Jungdeutsche, der dies behauptet hatte (Nr. 249 v. 23. 10. 1928: Hugenbergs Pyrrhus-Sieg) blieb aber dabei und forderte Hugenberg auf, dagegen zu klagen, was nicht erfolgte. Der Jungdeutsche Nr. 254 v. 28. 10. 1928: Ein journalistischer Schmutzfink.

<sup>68</sup> Walker, German Nationalist People's Party (wie Anm. 4), 633.

<sup>69</sup> Insbesondere die Pressearbeit wurde personell auf Hugenberg zugeschnitten. Vgl. General-Anzeiger für Dortmund Nr. 324 v. 24. 11. 1928: Diktatur-Arbeit Hugenbergs in der Deutschnationalen Partei (mit Namen). Hier wurde auch kolportiert, daß Hugenberg eine schwarze Liste mit Abgeordneten habe erstellen lassen, die bei der nächsten Wahl nicht mehr aufzustellen seien. Der Jungdeutsche Nr. 283 v. 2. 12. 1928: Die Krisis in der DNVP, bestätigte den Bericht des Generalanzeigers und erweiterte ihn mit Namen. Einige der Presse-Angestellten akzeptierten die Kündigung nicht und prozessierten. Vgl. auch Walker, German Nationalist People's Party (wie Anm. 4), 635 ff.



standes selbst wurde im Sinne Hugenbergs verändert, wobei nicht einmal mehr der Vorsitzende der Reichstagsfraktion qua Amt dem Parteivorstand angehörte. Hierin zeigte sich auch symbolisch, wie sehr die Partei begann, sich als außerparlamentarisch zu begreifen und die Reichstagsfraktion als einen Fremdkörper wahrzunehmen.

Die Öffentlichkeit verstand diese Maßnahmen so, daß Hugenberg nun zum „Diktator“ der DNVP geworden sei.<sup>70</sup> Die innerparteiliche Kritik an dessen Vorgehen nahm kein Blatt vor den Mund. An Hugenbergs Vorgehen entzweite sich die Partei. In Hamburg versuchten Kaufleute, einen „Deutschnationalen Verein“ zu gründen, der gegen Hugenberg war. Da der Hamburger deutschnationale Ortsverein aber alldeutsch durchsetzt war, wurden sie im Gegenzug selber aus der Partei ausgeschlossen.<sup>71</sup> In Dresden äußerten agrarische Kreise schwere Vorwürfe gegen Hugenberg, er zersetze die DNVP.<sup>72</sup> Eine solche Kritik der „Zersetzung“ kam auch und in besonderem Maß aus den Reihen der jungkonservativen Intellektuellen, die den Parteienstaat ablehnten und eine Reorganisation auf der Basis der Bünde oder Bewegungen forderten. Denn für sie mußte sich ein solcher Prozeß selbstläufig, essentiell von unten her und nicht diktatorisch-administrativ vollziehen. Die Jungdeutschen und die Jungkonservativen verstanden den Führergedanken nicht als Diktatur, sondern als eine freiwillige und verantwortliche Delegation von Herrschaft und insofern als ein demokratisch legitimes, wenngleich autoritär praktiziertes Ordnungsprinzip.

Die Politik, die Hugenberg in den folgenden Monaten verfolgte, kümmerte sich um solche Kritik nicht viel. Im Gegenteil, er steigerte seine autokratischen Methoden noch und versuchte, Politik an der Fraktion vorbei zu machen. Daß er damit öfters mehr Spott als Hochachtung erntete, änderte daran nichts. Am 5. März 1929 schrieb er einen an die amerikanische Öffentlichkeit gerichteten Offenen Brief, in dem er die Befreiung vom Dawes-Plan forderte. Er bot Deutschland als den Schutz vor dem Bolschewismus an und bezeichnete die DNVP als

<sup>70</sup> Vorwärts Nr. 581 v. 9. 12. 1928; Diktator Hugenberg; Berliner Morgenpost Nr. 294 v. 9. 12. 1928; Diktator Hugenberg; Der Jungdeutsche Nr. 290 v. 11. 12. 1928; Hugenberg Parteidiktator.

<sup>71</sup> Vorwärts Nr. 11 v. 8. 1. 1929; Krach um Hugenberg; Berliner Börsenzeitung Nr. 15 v. 10. 1. 1929; Geschlossene Front bei den Deutschnationalen?

<sup>72</sup> Der Jungdeutsche Nr. 11 v. 13. 1. 1929; Hugenberg zersetzt die DNVP.

die einzige große deutsche Partei, die gegen den Marxismus kämpfte.<sup>73</sup> Die deutsche Presse machte sich darüber lustig.<sup>74</sup> Doch dieser Vorstoß hatte vor allem das Ziel, im Umfeld der Young-Plan-Debatte den Horizont zu beschreiben, in dem Hugenberg sich eine deutschnationale Außenpolitik dachte. Denn bisher war trotz scharfer Kritik an der Praxis der deutschen Außenpolitik die Linie Stresemanns auch bei der DNVP ohne Alternative – und Hugenbergs Zielrichtung, soweit erkenntlich, konnte auch nur die Prioritäten zwischen zwei Zielen ändern, die auch Stresemann verfolgte: die Aussöhnung mit Frankreich und die Kooperation mit den Vereinigten Staaten, aus denen die Dawes-Kredite kamen.

Bei sozialpolitischen Fragen bezog Hugenberg klarere Positionen. Er war ein radikaler Sozialstaatsgegner, der staatliche Zuwendungen wie auch Gewerkschaften als eine Behinderung von Selbsthilfe und individueller Vorsorge ablehnte.<sup>75</sup> Dabei nahm er die Argumente Gustav Hartz' auf, der den Herr-im-Haus-Standpunkt in modernem Gewand vertrat.<sup>76</sup> Hugenbergs wohl klarstes Ziel bestand in der Eliminierung des gewerkschaftlichen Einflusses auf die Politik und vor allem auf die DNVP. Die Ansichten, die er für eine Verfassungsreform vorgab, zielten ebenso deutlich auf den Flügel der Partei, der mit dem existierenden System weiterregieren wollte. Unverhohlen forderte er die Abschaffung des Parlamentarismus und die Diktatur, ob diese sich nun auf den Reichskanzler oder den Reichspräsidenten stützen würde.<sup>77</sup> Nicht einmal seine eigenen Gefolgsleute folgten ihm in seiner Verachtung des Parlaments. Reinhold Quaatz, der ein aktiver Abgeordneter war, konnte Hugenbergs Kritik an den Parlamentariern nicht teilen.<sup>78</sup>

Im Frühjahr 1929 distanzieren sich langsam die Spitzenleute der DNVP von ihm. Im Landbund gab es Gruppen, die ihren Präsidenten Martin Schiele zur Niederlegung seines deutschnationalen Mandats zwingen wollten, weil sie die DNVP-Politik als dem Landbund schäd-

<sup>73</sup> Abdruck in: Kölnische Zeitung Nr. 168a v. 26. 3. 1929: Hugenberg als ‚Retter des Vaterlandes‘.

<sup>74</sup> Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 143 v. 26. 3. 1929: Pressestimmen zum Hugenberg-Brief.

<sup>75</sup> Vgl. Die Parteizeitschrift Unsere Partei 2, 1. 2. 1929, 237f.; 4, 1. 3. 1929, 77.

<sup>76</sup> Vgl. *Gustav Hartz*, Irrwege der Sozialpolitik. Berlin 1928.

<sup>77</sup> Vgl. Unsere Partei 7, 15. 4. 1929, 127–129.

<sup>78</sup> *Weiß/Hoser* (Hrsg.), Zerstörung (wie Anm. 65), 46 (Tagebucheintrag 14. 9. 1928).

lich betrachteten. In den Augen der Frankfurter Zeitung lag diese geringe Resonanz Hugenbergs bei den Interessenverbänden in dessen Ablehnung des bisherigen Politikmodells begründet: „Für diese Gruppen hat die Möglichkeit, agrarpolitische Querverbindungen unter den verschiedenen Fraktionen herzustellen und auszunützen, mehr Wert als ein scharfes politisches Programm, das den gegenwärtigen Staat und seine Verfassung um eines autoritären Staatsideales wegen in Grund und Boden bekämpft.“<sup>79</sup> Hans von Schlange-Schöninggen, der als ein „Führer der Landwirte“ galt, legte im April 1929 den Landesvorsitz der pommerschen DNVP nieder und kritisierte den Vorsitzenden scharf in der Öffentlichkeit, indem er forderte, die Partei müsse eine Alternative zur Großen Koalition darstellen, und die „Chaostheorien“ Hugenbergscher Provenienz als illusorisch bezeichnete.<sup>80</sup> Noch fünf Jahre vorher war er an der Seite des jetzigen Vorsitzenden zu finden gewesen.<sup>81</sup> Der Jungdeutsche Orden, der seine massiven Einwände gegen Hugenberg mit der Zeit eher noch verstärkte, bezeichnete das als eine „Kriegserklärung an Hugenberg“.<sup>82</sup> Insbesondere aus der Fraktion gab es Widerstand. Am 27. April hielt der Arbeitnehmervertreter Gustav Hülser im Reichstag eine Rede, die der ‚Vorwärts‘ als Oppositionszeichen der Fraktion wertete.<sup>83</sup> Denn Hülser rühmte alles, was Hugenberg verdammt hatte, insbesondere die Sozialversicherung, und er sah sich unterstützt von dem Sozialdemokraten Karl Litke.<sup>84</sup> Keiner in der deutschnationalen Reichstagsfraktion stand auf, um Hugenbergs Position zu verteidigen.

Demzufolge änderte Hugenberg nun seine Strategie: Statt Politik an der Reichstagsfraktion vorbei zu machen, versuchte er, diese in seine Hand zu bekommen. Im Mai ließ er ihr vom Parteivorstand einen Vorschlag vorlegen, der alle politischen Entscheidungen und auch alle im Reichstag zu haltenden Reden von der Zustimmung des Parteiführers abhängig machen wollte. Insbesondere sollte die Führung politischer

<sup>79</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 276 v. 14. 4. 1929: Hugenbergs unlösbare Aufgabe.

<sup>80</sup> Berliner Börsenzeitung Nr. 187 v. 28. 4. 1929: Wohin des Wegs? Von Hans von Schlange-Schöninggen MdR.

<sup>81</sup> *Stürmer*, Koalition und Opposition (wie Anm. 40), 194f.

<sup>82</sup> Der Jungdeutsche Nr. 98 v. 25. 4. 1929: Kriegserklärung an Hugenberg.

<sup>83</sup> Deutscher Reichstag, 66. Sitzung, 27. 4. 1929. Stenographische Berichte, Bd. 424, 1733–1736.

<sup>84</sup> Ebd. 1737–1739. Vgl. den Kommentar im Vorwärts Nr. 198 v. 28. 4. 1929: Reichstag gegen Hugenberg.

Verhandlungen nicht wie bisher dem Fraktionsführer, sondern allein dem Parteiführer obliegen. Nach stundenlanger Debatte lehnte die Fraktion dieses Ansinnen mit 35 zu 29 Stimmen ab; die Entscheidung wäre aller Wahrscheinlichkeit nach noch deutlicher ausgefallen, wenn nicht Hugenberg mit Rücktritt gedroht und wenn die Abstimmung geheim gewesen wäre.<sup>85</sup> Hugenberg ließ aber nicht locker. Bereits im Juni versuchte er wieder, über sein bevorzugtes Instrument, den Parteivorstand, die Fraktion unter seine Kuratel zu bekommen. Dieser faßte den Beschluß, daß der Parteivorsitzende die Richtlinien der Partei entscheidend festzulegen habe, insbesondere in der Beteiligung an der Regierung. Die Formulierung zeigte jedoch, daß Hugenberg sich nicht vollständig hatte durchsetzen können. Denn man hatte auch über die förmliche Zensur von öffentlichen Äußerungen Abgeordneter in Wort oder Schrift nachgedacht, auch bei Reichstagsreden.<sup>86</sup> Die ‚Germania‘ hielt diesen Beschluß denn auch für ein Indiz der Schwäche Hugenbergs. Sie argumentierte, daß es normalerweise keines Beschlusses bedürfe, um den Einfluß des Parteivorsitzenden bei der Bildung der Regierung festzuschreiben: Dies sei selbstverständlich. Daß Hugenberg dafür den Weg über die Instanzen benötige, „bestätigt mit aller Deutlichkeit den Willen, seine Herrschaft in der Partei zu einer allumfassenden Diktatur auszubauen, läßt aber zugleich erkennen, daß Hugenberg ohne eine solche garantierte Machtstellung zu einer einheitlichen und reibungslosen Führung der Partei gar nicht in der Lage ist.“<sup>87</sup>

Der erste schwere Zusammenstoß mit den ‚pragmatischen Republikanern‘ kam mit der Debatte über das Volksbegehren gegen den Young-Plan. In der DNVP hatte Hugenberg fast im Alleingang darauf gedrungen, die endgültige Regelung der Reparationslasten mit den Mitteln des Volksentscheids abzulehnen. Wie in anderen Parteien, so war auch in der DNVP die Stimmung zum Young-Plan geteilt.<sup>88</sup> Nament-

<sup>85</sup> Ein genauer Bericht findet sich in: Frankfurter Zeitung Nr. 332 v. 5. 5. 1929; Die Niederlage Hugenbergs; auch: Berliner Volkszeitung Nr. 208 v. 4. 5. 1929; Stundenlange Debatte – Mehrheit gegen Hugenberg. Die oftmals detaillierten Berichte in der liberalen Presse lassen den Schluß zu, daß die Informationen direkt aus den Kreisen der DNVP-Fraktion stammen. Tatsächlich gab es immer Vermutungen, daß Treviranus oder Mitglieder des Gewerkschaftsflügels die Presse unterrichteten.

<sup>86</sup> Wiederum ein detaillierter Bericht der hinter verschlossenen Türen ablaufenden Vorstandssitzungen: Vossische Zeitung Nr. 280 v. 16. 6. 1929; Deutschnationaler Vorstandsbeschluß für Hugenberg.

<sup>87</sup> Germania Nr. 275 v. 16. 6. 1929; Hugenbergs Offensive.

<sup>88</sup> Zur DDP: Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918–

lich die Interessenverbände der Industrie und der Landwirtschaft, aber auch die Arbeiterschaft drängten auf Annahme, weil damit Planungssicherheit gewährleistet schien und überdies die Lasten des Young-Plans deutlich niedriger lagen als die des Dawes-Plans, zumal sie von der Wirtschaftsleistung des Reiches abhingen und mithin in Krisen reduziert werden konnten. Vor allem die Langfristigkeit des Plans erregte jedoch bei den radikalen Nationalisten Widerstand, weil sie damit das Deutsche Reich in einer Tributabhängigkeit über Generationen hinweg wähten. Das dem Reichstag vorgelegte „Freiheitsgesetz“ enthielt aber mit dem § 4 einen Passus, der auch sie, namentlich die Gouvernemen-talen unter ihnen, abschrecken mußte: Er sah vor, daß alle Beamten, die an der Durchsetzung des Young-Plans mitwirkten, wegen Landesverrats zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Das bedeutete, daß nicht nur die Regierungsmitglieder, sondern auch der Reichspräsident, der ein solches Gesetz durch seine Unterschrift rechtswirksam machen sollte, von Freiheitsstrafen bedroht wurden. In diesem Passus zeigte sich die brüske Abwendung, die Hugenberg von allen konservativen Leitlinien vollzogen hatte. Konnte man als Konservativer ein Gesetz unterstützen, das vorsah, das Staatsoberhaupt Hindenburg ins Zuchthaus zu bringen? Für Hugenberg dagegen war die bestehende Staatsordnung insgesamt eine Struktur, die durch Obstruktion jeglicher Art zum Einsturz gebracht werden sollte.

Die Debatte und die Abstimmung um das „Freiheitsgesetz“, das nach der Verfassung zunächst durch den Reichstag mußte, stellten eine Zerreißprobe für die DNVP dar. Der Parteitag in Kassel, der eine Woche vorher stattfand, bestätigte die Politik Hugenbergs und kritisierte die Fraktion. Auf der vorbereitenden Vorstandssitzung verfocht Hugenberg in seiner Alles-oder-Nichts-Rhetorik, die an diejenige Hitlers angelehnt war, die Notwendigkeit des Volksentscheids: „Es gibt, wenn und solange der Young-Plan auf uns lastet, keine Ordnung in Deutschland, keine Freiheit von Sklarek und Genossen, keine Freiheit der Kirchen, des Geistes und der Persönlichkeit, keine Ehrfurcht, kein gesundes Familienleben, keine Wohlfahrt, keine Erleichterung der Steuern, kein wirkliches Recht, keine bürgerliche Unabhängigkeit und keinen Lebensraum, ... d.h. keine aussichtsvollen Berufe für die Kinder. Aber

1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973, 409ff.; zum Zentrum: *Karsten Ruppert*. Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930. Düsseldorf 1992, 375 ff.

wenn wir den Young-Plan jetzt durch Volksentscheid ausschalten, so ist damit zugleich der Weg zu all diesen Gütern geöffnet.“<sup>89</sup> Die Vertreter der Landesverbände, die sich zu Wort meldeten, unterstützten Hugenberg und forderten zugleich, daß die Fraktion sich der Partei unterordne.<sup>90</sup> Der bayrische Pfarrer Traub, der sich schon beim Kapp-Lüttwitz-Putsch hervorgetan hatte, brachte die Aversion der Partei „draußen im Lande“ auf den Punkt, als er sich gegen den Arbeitervertreter Hartwig wandte: „Herr Hartwig sagt: Ihr könnt machen, was Ihr wollt. In der Fraktion werden wir die Sache schon schieben. Jedoch die Herren von der Fraktion sind nicht *sui juris*. Sie sind Teil der Gesamtpartei. Darin liegt keine Herabsetzung, sondern jeder muß dem Ganzen dienen, wenn er das nicht will, hat er kein Recht, in der Partei zu stehen. Es ist eine Ehre für die Fraktion, daß sie der Gesamtpartei dient.“<sup>91</sup> Wie die an Hugenberg gerichteten Ergebnisadressen aus den Landesverbänden im Zusammenhang mit dem „Freiheitsgesetz“ zeigen, war dies eine durchaus richtige Einschätzung der Stimmung in der Partei.<sup>92</sup> Ein anderer Delegierter verwies allerdings jenseits der Vermutungen um eine verschwörerische Hinterzimmerpolitik in der Fraktion auf den realpolitischen Gehalt solcher Forderungen und damit auf die grundlegenden Probleme einer jeden Politik in Zeiten der Demokratie: „Die Differenzen zwischen Partei und Fraktion müssen endlich beseitigt werden. Die Fraktion muß sich dazu bekennen, daß die Politik draußen vom Volk bestimmt wird, insofern als die Wähler weglaufen, wenn man eine Politik macht, die draußen nicht mehr verstanden wird.“<sup>93</sup> Alfred Rosenberg konstatierte im „Völkischen Beobachter“: „Die Vertreter der Gaue denken gewöhnlich anders als gewisse Herren des Parlaments ...“<sup>94</sup>

Die meisten Vertreter der innerparteilichen Opposition hatten sich gar nicht die Mühe gemacht, nach Kassel zu kommen. Die wenigen

<sup>89</sup> Protokolle des Deutschnationalen Parteitags Kassel 1929, Parteivorstand: BA Berlin, R 8005 54, 3. Diese Sätze wurden zum Bestandteil der „Leitsätze des Parteiführers“, die die Parteivertretung am nächsten Tag annahm; BA Berlin, R 8005 15, 20–22.

<sup>90</sup> So Gottfried Traub, der Hugenberg der Unterstützung der bayrischen Parteivor-sitzenden versicherte: BA Berlin, R 8005 54, 47 f.; Jakobs (Hessen) forderte eine „starke Führung, wie Hugenberg sie verkörpert“ (ebd. 51).

<sup>91</sup> Ebd. 47.

<sup>92</sup> BA Berlin, R 8005 72, 57–61.

<sup>93</sup> BA Berlin, R 8005 54, 50 f. (von Goßler)

<sup>94</sup> Völkischer Beobachter Nr. 270 v. 21. 11. 1929: Vor dem Parteitag der DNVP.

Kritiker, die erschienen waren, erinnerten die Parteivertreter jedoch an alte deutschnationale Grundsätze. Westarp bedauerte, daß der Gesetzesentwurf ohne die Körperschaft, die ihn nun vertreten müsse, zustande gekommen sei.<sup>95</sup> Der Arbeitervertreter Hartwig sah darin eine für die Abgeordneten unwürdige „Selbstkastrierung“. Hugenberg habe jedes Mitglied des Parlaments als „minderwertige Persönlichkeit“ hingestellt. Darüber hinaus kritisierte er harsch die Technik Hugenbergs, die Partei zu beherrschen. „Auf mechanische Art“ habe Hugenberg seine Macht vergrößert; nur mehr ihm genehme Funktionäre säßen im Vorstand; Fraktionsbeschlüsse kämen unter erheblichem Druck zustande; vom monarchischen Gedanken sei nicht mehr die Rede, seit er an der Macht sei.<sup>96</sup> Nicht nur politische Differenzen über den Young-Plan und das Freiheitsgesetz bestimmten mithin die verschiedenen Flügel der Partei, sondern auch unterschiedliche Politikvorstellungen. Während die Gegner Hugenbergs von der Figur des freien Abgeordneten ausgingen, der sich nach seiner Überzeugung entschied und dem Parteivolk als eine Autorität gegenübertrat, verstanden die Hugenberg-Unterstützer die Fraktion als einen verlängerten Arm der Partei, hinter der sie wiederum das Volk sahen. Reinhold Quaatz, der des öfteren genötigt war, in der Öffentlichkeit die Stimme seines Herrn zu spielen, weil dieser sich weigerte, persönlich aufzutreten, verstand es so: Die Disziplinierung der Fraktion sei Teil einer Entwicklung zur Volkspartei, ein „stärkeres Heranfühlen an die Jugend“. Die Richtung, die in der Partei herrsche, solle auch in der Reichstagsfraktion herrschen.<sup>97</sup> Die Abstimmung der Parteivertretung unterstützte diese Position eindeutig: Von 81 Anwesenden stimmten 69 für den Antrag, das Freiheitsgesetz dem Reichstag und gegebenenfalls dem Volk zu unterbreiten.<sup>98</sup>

Die Reichstagsabgeordneten ließen sich dennoch nicht einschüchtern. Hugenberg hatte zwar gefordert, daß die Fraktion geschlossen das Freiheitsgesetz unterstütze, eingeschlossen den § 4<sup>99</sup>; in einer Fraktionssitzung am 29. November 1929 jedoch, die von acht Uhr abends bis halb drei Uhr morgens dauerte, wurden so viele Vorbehalte der Abge-

<sup>95</sup> Protokolle des Deutschnationalen Parteitag Kassel 1929, Parteivorstand (Forts.): BA Berlin, R 8005 55, 21.

<sup>96</sup> Ebd. 19–21.

<sup>97</sup> Ebd. 25.

<sup>98</sup> Ebd. 26.

<sup>99</sup> Zu diesen Debatten umfassend und ins Detail gehend sowie mit den meisten Namen der Dissidenten: *Jonas*, Volkskonservative (wie Anm. 6), 47–57.

ordneten sichtbar, daß die Parteileitung sich damit einverstanden erklärte, daß Abgeordnete der Abstimmung fernblieben, falls sie auf eine gemeinsame Erklärung verzichteten.<sup>100</sup> In der zweiten Lesung am folgenden Tag nahmen 24 Abgeordnete der DNVP an keiner der Abstimmungen über das Freiheitsgesetz teil; darüber hinaus weigerten sich zwanzig Abgeordnete, für den § 4 zu stimmen. Mehr als die Hälfte der Fraktion stand also gegen Hugenberg. Daß damit der Umfang der Opposition noch nicht ausgeschöpft war, ist daran ersichtlich, daß Graf Westarp, der als Kopf der staatskonservativen Opposition galt, dem § 4 zustimmte.<sup>101</sup> Lambach, Hartwig und Hülser stellten auch sogleich in einer öffentlichen Erklärung fest, daß ihre Nichtteilnahme als ein „Nein“ zu werten sei.<sup>102</sup> Dieses Ergebnis schlug sich in übereinstimmenden Zeitungüberschriften nieder: „Hugenbergs Niederlage“.<sup>103</sup>

Damit war der Konflikt in der Partei offensichtlich. Er zeigte sich als ein fundamentaler Dissens in der Strategie wie auch in politischen Grundsatzfragen. Auf der einen Seite stand eine Grundsatzopposition, die das System umstürzen wollte und dafür jedes Mittel in Kauf nahm. Auf der anderen Seite stand eine vor allem in den Interessenverbänden, aber auch in den Überresten der alten konservativen Parteien und bei den Jungkonservativen verankerte Anschauung, die erstens den Staat als „Idee“ erhalten wollte, selbst wenn sie mit der geltenden Staatsverfassung nicht einverstanden war; und die zweitens gelernt hatte, in den Querverbindungen und den Verhandlungsgremien Konkretes zu erreichen und deshalb die kooperative Arbeit in den Institutionen für notwendig hielt. Weder für die Industrie, noch für die Arbeitnehmerverbände oder die Landwirtschaft lag in einer fundamentalen Opposition politischer Sinn. Deshalb stellten sich vor allem diese Gruppen gegen Hugenbergs Intransigenz. Der Abgeordnete Moritz Klönne, ein Dortmunder Fabrikant, der noch wenige Jahre zuvor für Hugenberg in Paris private Außenpolitik gemacht hatte<sup>104</sup>, wandte sich nun gegen Hugen-

<sup>100</sup> Berliner Börsenzeitung Nr. 560 v. 30. 11. 1929: Die Auseinandersetzung bei den Deutschnationalen.

<sup>101</sup> Deutscher Reichstag, 105. Sitzung, 30. 11. 1929. Stenographische Berichte. Bd. 246. 3369–3373 (Abstimmungsergebnisse).

<sup>102</sup> Abdr. in: *Jonas*, Volkskonservative (wie Anm. 6), 54f.

<sup>103</sup> So: Frankfurter Zeitung Nr. 896 v. 1. 12. 1929; Der Jungdeutsche Nr. 281 v. 1. 12. 1929; Berliner Morgenpost Nr. 287 v. 1. 12. 1929; Nassauische Bauernzeitung Nr. 333 v. 1. 12. 1929; Hugenbergs zweite Niederlage; Berliner Börsencourier Nr. 561 v. 1. 12. 1929; Hugenbergs doppelte Niederlage.

<sup>104</sup> 1926 war Klönne im Auftrag Hugenbergs nach Paris gefahren und hatte den



bergs Politik des Klassenkampfes. Ausdrücklich betrachtete er die Gewerkschaften „als die bestellten Vertreter der in ihnen organisierten Arbeiter, die abzulehnen ich nicht berechtigt bin. ... In dieser Auffassung weiß ich mich einig mit einer beträchtlichen Anzahl innerlich verantwortungsbewußter Abgeordneter.“ Er hielt die innen- und außenpolitische Lage für zu gefährlich, um „Experimente der Zersetzung“ zu wagen, und klagte Hugenberg an, daß er Abgeordnete anderer Parteien, die ebenfalls gegen den Young-Plan waren, entfremdet habe.<sup>105</sup> Der Arbeitervertreter Hülser beklagte das Desinteresse Hugenbergs an sozialen Fragen und warf ihm vor, für die Stimmungen in der Partei kein Ohr zu haben.<sup>106</sup> Der Agrarier Hans von Schlange-Schöningen sah in dessen Politik nicht die Möglichkeit, die Landwirtschaft zu retten.<sup>107</sup> Anfang 1930 versuchten sogar pommersche Großgrundbesitzer, Hugenberg zum Rücktritt zu bewegen, weil sie die landwirtschaftlichen Interessen bei ihm nicht in guten Händen sahen.<sup>108</sup>

Doch nicht nur die Interessenverbände, sondern auch die Kreise, die eine ideologische Erneuerung der Rechten wollten, machten gegen Hugenberg Front. Die konservative ‚Politische Wochenschrift‘, die ursprünglich durchaus Sympathien für Hugenberg gehegt hatte, distanzierte sich schon früh von ihm.<sup>109</sup> Im September 1929 rief eine Schrift des Jungnationalen Rings, einer lockeren Vereinigung von Jungkonservativen, zum Sturz Hugenbergs auf, weil er die Partei „vereinheitli-

Franzosen ein Bündnis gegen Rußland angetragen. Berliner Volkszeitung Nr. 447 v. 21. 9. 1929: Wie Klönne mit dem Erbfeind verhandelte. Das deutschnationale Dementi wies lediglich zurück, daß es sich um „Geheimverhandlungen“ gehandelt habe und daß das Auswärtige Amt nicht unterrichtet gewesen sei: Der Tag Nr. 228 v. 24. 9. 1929: Stresemann war unterrichtet.

<sup>105</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 562 v. 4. 12. 1929: Die deutschnationale Parteikrise. Von Moritz Klönne MdR.

<sup>106</sup> Veröffentlichung der Erklärung Hülser in: Germania Nr. 590 v. 19. 12. 1929: Der „Sozialpolitiker“ Hugenberg.

<sup>107</sup> Vossische Zeitung Nr. 572 v. 4. 12. 1929: Los von Hugenberg.

<sup>108</sup> Kölnische Zeitung Nr. 52 v. 27. 1. 1930: Rücktrittsaufforderung an Hugenberg. Trotz eines Dementis von Hugenberg (Der Tag Nr. 25 v. 29. 1. 1930: Der Lügenfeldzug gegen Hugenberg) wurde diese Meldung mehrfach bestätigt, u. a. von einem der beteiligten Grundbesitzer selber: Berliner Börsenzeitung Nr. 73 v. 13. 2. 1930: Die Unterhaltung v. Winterfeldt – v. Knebel-Döberitz.

<sup>109</sup> Politische Wochenschrift 14, 6. 4. 1929: Hussein und der König, ein „Märchen“, wonach der Diener Hussein sich die Diktatur zu erschleichen sucht, sie dann aber durch eigene Fehler nicht erhält. Der König war Hindenburg.

chen, d. h. zerschlagen“ wolle.<sup>110</sup> Der Jungdeutsche Orden, der mit seiner Kampagne gegen den „Parteiismus“ 1927/28 eine organische Erneuerung der Politik von den Bünden her propagiert hatte, erkannte in Hugenberg das genaue Gegenteil dessen, was er gefordert hatte.<sup>111</sup> Die der DVP nahestehende ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘ beklagte, daß Hugenberg die Brücken zur bürgerlichen Rechten abbreche; sie maß ihn an Helfferich und befand ihn für zu klein; ihm fehle das Verantwortungsbewußtsein und das Schöpferische in Staatsdingen, anders als bei Helfferich, der aus der schärfsten Opposition heraus 1923 geholfen habe, die Währung zu stabilisieren.<sup>112</sup>

Von all diesen Kreisen, die Hugenbergs politische Perspektiven nicht teilten, säuberte die alldeutsche Fronde die Partei. Nachdem Hugenberg schon auf dem Kasseler Parteitag den Ausschluß von Treviranus beantragt hatte, weil dieser in einem Privatbrief Kritisches geäußert und über die Gründung einer eigenen Partei nachgedacht hatte<sup>113</sup>, leitete der Vorstand ein Ausschlußverfahren gegen die Arbeitnehmervertreter Hartwig, Hülser und Lambach ein, dem diese am 3. Dezember durch ihren Austritt zuvorkamen. Neun andere Abgeordnete, darunter Treviranus, folgten ihnen.<sup>114</sup> Einen Tag darauf legte Graf Westarp, der sich unermüdlich um Einigung bemüht hatte, den Fraktionsvorsitz nieder, weil er, wie er schrieb, die Unterstützung des Parteivorsitzenden nicht gefunden habe und keine Möglichkeit mehr sehe, in der Fraktion eine Politik zu führen, die seinen Auffassungen entspreche.<sup>115</sup> Er blieb jedoch vorläufig in der Fraktion, genauso wie einige andere, besonders vom konservativen Flügel: ein Hinweis darauf, wie sehr die Sehnsucht nach Einigkeit und die Hoffnung auf Überwindung der Spaltung noch vorhanden war. Soweit sie nicht in den Christlich-Sozialen Volksdienst eintraten (wie Hartwig, Hülser und Mumm), gründeten die Ausgetretenen die Volkskonservative Vereinigung, die schon in ihrem Namen

<sup>110</sup> Der Niedergang der nationalen Opposition. Hrsg. v. Jungnationalen Ring. Berlin 1929.

<sup>111</sup> Der Jungdeutsche Nr. 238 v. 10. 10. 1928: Hugenbergs Ausschlußmaschine. Zum „Parteiismus“, ein jungdeutsches Schlagwort, das nicht nur in rechten Kreisen rege diskutiert wurde, vgl. *Artur Mahraun*, Jungdeutsches Manifest. Berlin 1928.

<sup>112</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 559 v. 2. 12. 1929: Kampf um die Führung.

<sup>113</sup> Der Jungdeutsche Nr. 274 v. 23. 11. 1929: Treviranus soll gehen. Abdruck des Briefs in: Vossische Zeitung Nr. 590 v. 14. 12. 1929: Treviranus' Privatbrief.

<sup>114</sup> Außerdem Klönne, Lejeune-Jung, Behrens, Hoetzsch, v. Keudell, v. Lindener, Mumm, Schlange-Schöningen. Vgl. *Jonas*, Volkskonservative (wie Anm. 6), 56.

<sup>115</sup> Zit. nach ebd.

klarmachte, daß sie keine Partei im herkömmlichen Sinn sein wollte, sondern der Kristallisationspunkt einer neuen Rechten, die gegebenenfalls überparteilich angelegt sein sollte.<sup>116</sup>

Die nächste Krise kam mit der Regierung Brüning. Ihr gehörte als Landwirtschaftsminister Martin Schiele an, der als DNVP-Abgeordneter und Vorsitzender des Reichslandbundes einer der profiliertesten Vertreter agrarischer Interessen war. Hier stellte sich die Frage der Unterstützung durch die DNVP. Hugenberg verfocht die kompromißlose Ablehnung, biß aber damit in der Fraktion auf Granit. Brünings Kopplung von Steuerreform und Agrarmaßnahmen erwies sich als ein wirksames Mittel, um den Agrarvertretern in der DNVP die Ablehnung des Kanzlers schwer zu machen, auch wenn Hugenberg dies so wollte. Am 3. April 1930 lehnte die DNVP ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen Brüning ab, ironischerweise begründet durch Hugenberg. Dieser „Umfall“<sup>117</sup> war nicht auf einen Kurswechsel zurückzuführen, sondern auf den Druck des Reichslandbundes, der ‚seine‘ Vertreter aufgefordert hatte, gegen das Mißtrauensvotum zu stimmen, sowie der Fraktion, die darauf gedrängt hatte, daß Hugenberg endlich einmal öffentlich auftreten solle: Wenn Hugenberg Führer sein wolle, müsse er auch in die vorderste Front treten.<sup>118</sup> Hugenberg entsprach dem und wollte sich mit diesem Entgegenkommen das Stillhalten der Reichstagsfraktion für die folgenden Monate erkaufen.<sup>119</sup> Daran fühlte sich jedoch ein großer Teil der Fraktion nicht gebunden. Bereits zehn Tage später stimmte die Fraktion in der Frage der Brüning'schen Steuervorlagen wieder gespalten ab; nur zwanzig deutschnationale Abgeordnete votierten gegen Brüning.<sup>120</sup> Daraufhin wandte sich Hugenberg an seine Machtbasis, den Parteivorstand. Dieser mißbilligte mit Vierfünftelmehrheit die Unterstützung der Regierung Brüning und rügte die Abgeordneten, leitete aber keine Ausschlüsse ein.<sup>121</sup> Nach Ansicht der Magdeburger Zeitung sollten die Abgeordneten so weit ins Unrecht gesetzt

<sup>116</sup> Vgl. ebd. 57 ff.

<sup>117</sup> Der Begriff tauchte fast in jedem Presseartikel auf. Etwa: Der Jungdeutsche Nr. 80 v. 4. 4. 1930: Wie Hugenberg umfiel; Vossische Zeitung Nr. 159 v. 5. 4. 1930: Mehrheit für Brüning.

<sup>118</sup> Jonas, Volkskonservative (wie Anm. 6), 66.

<sup>119</sup> Hiller von Gaertringen, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 6), 550 f.

<sup>120</sup> Deutscher Reichstag, 160. Sitzung, 12. 4. 1930. Stenographische Berichte. Bd. 427. 4953 f.

<sup>121</sup> Hiller von Gaertringen, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 6), 551.

werden, daß sie die Partei freiwillig verließen.<sup>122</sup> Doch die Industriellen in der DNVP rechtfertigten ihr „Ja“ für den Kanzler öffentlich<sup>123</sup>, und auch Westarp wandte sich scharf gegen diese Form der Disziplinierung und kündigte an, daß ein großer Teil der Abgeordneten auch in Zukunft nicht bereit sein werde, sich der Entscheidung des Parteivorsitzenden zu unterwerfen. Daraufhin trafen sich am 1. Mai 1930 Abgeordnete der dissentierenden Mehrheit und publizierten eine Erklärung, in der sie weiterhin volle Handlungsfreiheit beanspruchten.<sup>124</sup> Selbst Elard von Oldenburg-Januschau, der bisher weder als Hugenberg-Gegner noch als Freund des Parlamentarismus hervorgetreten war, aber nicht mehr Mitglied des Reichstags war, rechtfertigte das Junktim in Brüning's Steuervorlage.<sup>125</sup> Der hessische Reichstagsabgeordnete Heinrich Lind, einer der Dissentierenden und wie der „Januschauer“ Landwirt, sprach öffentlich die Vermutung aus, daß Hugenberg das Agrarprogramm gar nicht gewollt habe; ihm sei es nur auf den Sturz der Regierung angekommen.<sup>126</sup> Dies war seine letzte Aktion als DNVP-Abgeordneter: Einen Tag darauf trat Lind ebenso wie nach ihm der Beamtenpolitiker Gottfried von Dryander zu den Volkskonservativen über.

Zwei Monate später kam es zu einer erneuten Spaltung der DNVP über einen Antrag von SPD und KPD, die Notverordnungen aufzuheben. Diesmal dokumentierte sie sich in aller Öffentlichkeit: Ernst Oberföhrer gab eine scharfe Erklärung gegen die Regierung Brüning ab. Er verweigerte ihr das Vertrauen, weil sie nicht antimarxistisch sei und die Deckungsvorlagen nach sozialistischen Grundsätzen gemacht seien. Kurz darauf sagte Kuno von Westarp als Sprecher der innerparteilichen Opposition aber das genaue Gegenteil: Sie weigerte sich, die Regierung zu stürzen, weil sie eine bürgerliche Regierung sei, die einige Reformen gegen die SPD durchgeführt habe. 25 Abgeordnete stimmten für Brüning, wobei diejenigen, die sich enthielten oder der Abstimmung

<sup>122</sup> Magdeburger Zeitung Nr. 227 v. 26. 4. 1930: Parteivorstand für Hugenberg.

<sup>123</sup> Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller, Die parlamentarischen Vorgänge in den Tagen vom 1. bis 14. April 1930: BA Berlin, R 8034 II, 9018, 214. Die Antwort Bangs: ebd. 424 ff.

<sup>124</sup> Abdruck der Erklärung und der Unterzeichnenden in: Deutsche Tageszeitung Nr. 204 v. 2. 5. 1930: Graf Westarp an Dr. Hugenberg.

<sup>125</sup> Deutsche Tageszeitung Nr. 188 v. 20. 4. 1930: Oldenburg-Januschau und Kabinett Brüning-Schiele.

<sup>126</sup> Kurhessischer Landbund 19, 11. 5. 1930: Gegen die Verdunkelungsarbeit. Von Bürgermeister Lind Mdr.

fernblieben, größtenteils auch als Unterstützer des Kanzlers zu zählen sind.<sup>127</sup> Daraufhin schied die Westarp-Gruppe aus der Partei aus.

#### IV.

Damit war der „Säuberungsprozeß“ der DNVP im wesentlichen abgeschlossen. Das Resultat war katastrophal für die Verbleibenden, wenn man – anders als Hugenberg – die Zahl als ein Kriterium ansieht. Von den 78 Abgeordneten, die zwei Jahre zuvor der DNVP angehört hatten, hatten bis Anfang August 43 die Partei verlassen, darunter auch solche, die noch zwei Jahre zuvor zur alldeutschen Gruppe um Hugenberg gerechnet wurden.<sup>128</sup> Ironisch kommentierte der ‚Berliner Börsencourier‘: „Kein erlauchtes Haupt ist mehr darunter . . . Jetzt ist es vorbei mit seiner Herrschaft über wahrhaft konservative und ernste Politiker. Sein Block ist zum Brei geworden.“<sup>129</sup> Mit den Ausgetretenen ist aber das ganze Ausmaß der Opposition gegen Hugenberg noch nicht erfaßt. Denn eine Reihe von Abgeordneten verblieb in der DNVP, obwohl sie zu verschiedenen Gelegenheiten anders abgestimmt hatten, als Hugenberg das verlangt hatte, oder ihn offen kritisiert hatten. Der einstmalige Parteiführer Oskar Hergt blieb, weil ihm als Mitgründer die Einheit der Partei zu sehr am Herzen lag. Georg Schultz-Bromberg war ebenfalls ein alter Parlamentarier, der zeitweise Vizepräsident des Reichstags gewesen war. Er verblieb in der Fraktion, obwohl er sich auf die Seite der dissentierenden Minderheit vom 14. April gestellt und eine Beeinflussung durch den Parteivorstand abgelehnt hatte; er hatte auch für Brünnings Steuergesetze gestimmt. Der Landwirtschaftsvertreter Heinrich Gerns war zwar nach dem Urteil Reinhold Quatz’ „durchaus Hugenbergianer“<sup>130</sup>, hatte aber dennoch für Brünnings Steuerjunktum gestimmt. Bei dem Arbeitervertreter Wilhelm Koch-Düsseldorf war auch öffentlich bekannt, daß er der Lambach-Gruppe angehörte; er hatte sich an den meisten strittigen Abstimmungen nicht beteiligt, war aber der

<sup>127</sup> Zahlen in: Vossische Zeitung Nr. 335 v. 18. 7. 1930; Deutschnationale Spaltung. Debatte in: Deutscher Reichstag, 204. Sitzung, 18. 7. 1930. Stenographische Berichte. Bd. 428, 6508 f. (Oberfohren), 6517 (Westarp).

<sup>128</sup> So etwa Dryander, Rademacher und Reichert. Vgl. Der Jungdeutsche Nr. 600 v. 11. 7. 1928; Die deutschnationale Hugenberg-Krise.

<sup>129</sup> Berliner Börsencourier Nr. 336 v. 22. 7. 1930; Das Schicksal Hugenbergs.

<sup>130</sup> *Weiß/Hoser* (Hrsg.), Zerstörung (wie Anm. 65), 109 (Tagebucheintrag 12. 4. 1930).

Entschließung der Opposition vom 2. Mai beigetreten, in der diese die Selbständigkeit der Abgeordneten auch gegen den Willen des Parteivorstandes behauptete. Auch der Kolonialpolitiker Hans Sachs – als Nationalliberaler war er Hospitant der Fraktion – hatte für Brünings Junktum votiert. Der Mittelstandsvertreter Franz Hermann Biener, seit 1919 Parlamentarier, hatte sich bei allen Abstimmungen enthalten; er blieb in der Fraktion, obwohl er zum Westarp-Flügel zählte.<sup>131</sup> Glaubt man dem ‚Berliner Lokalanzeiger‘, der auch bei den Enthaltungen und Fehlstimmen zu Brünings Steuergesetzen „Ja-Sager“ entdeckte, so sind noch mindestens drei weitere Abgeordnete zu der „stillen Opposition“ in der DNVP-Fraktion zu zählen.<sup>132</sup>

Rechnet man diese schweigende Minderheit, die sich auch sonst kaum äußerte, hinzu und unterstellt wohlwollend, daß diejenigen, die nie hervorgetreten sind, zum Hugenberg-Flügel rechneten, so ergibt sich, daß mit (höchstens) 26 Abgeordneten nicht mehr als ein Drittel der DNVP-Fraktion von 1928 hinter Hugenberg stand. Das bestätigt sich auch beim Blick auf die Abgeordneten, die 1930 wieder in den Reichstag einzogen. Von der Fraktion von 1928 waren dies nur noch 24 Abgeordnete, ergänzt durch neue Abgeordnete vom Hugenberg-treuen Flügel. Sieht man von Wilhelm Koch-Düsseldorf und Martin Schiele ab, von denen der eine als einziger Arbeitervertreter unverzichtbar war und der andere für die engen Beziehungen zur „Grünen Front“ stand, so war keiner der „Neinsager“ der vergangenen zwei Jahre mehr dabei. Mit dem Amtsantritt Hugenbergs hatte sich ein grundlegender Gestaltwandel in der DNVP vollzogen. War die Partei bis 1928 ein heterogenes Sammelbecken für Konservative, Völkische und Christlich-Soziale gewesen, das durch seine Verankerung in den rechten Interessenverbänden und in der preußischen Bürokratie ein lebhaftes Interesse an politischer Partizipation gehabt hatte und auf dem Weg zu einer konservativen Volkspartei gewesen war, handelte es sich 1930 um einen rein alldeutschen Ausschuß, der fundamentale Opposition seine politische Strategie nannte. Die Basis setzte sich gegen die Berufspolitiker durch; zur Speerspitze der deutschnationalen Radikalisierung wurden die Landesverbände. Dieser Umschwung bezeichnete gleichermaßen einen Sieg der Partei über die Fraktion wie einen Wandel der Politikvorstel-

<sup>131</sup> So der ehemalige deutschnationale und spätere Landbund-Abgeordnete Albrecht Philipp in seinen Memoiren; HStA Dresden, NL Philipp 4, 301 f.

<sup>132</sup> Berliner Lokalanzeiger Nr. 205 v. 2. 5. 1930: Der Beschluß der Gruppe Westarp. Es handelte sich um Graf Eulenburg, Georg Gottheiner und Fritz Kleiner.

lung: ein Ende der alten konservativen Honoratiorenpolitik zugunsten einer plebiszitär legitimierten „Bewegungs“-Politik. Dieser Prozeß ging nicht immer freiwillig vor sich, sondern war auch Frucht der finanziellen und personellen Unterwanderung durch den Hugenberg-Flügel.<sup>133</sup> Die organisatorische Leistung Hugenbergs, aber auch die verzweifelte Lage der Landesverbände wird an dem Umstand deutlich, daß der Württemberger Ableger der DNVP, die Bürgerpartei, 1930 ihren eigenen langjährigen Spitzenmann, den ehemaligen Staatspräsidenten Wilhelm Bazille fallenließ und statt dessen Hugenberg das Vertrauen aussprach.<sup>134</sup> In einem nächsten Schritt setzte Hugenberg zur Umformierung der Interessenverbände an, die mit dem Sturz Martin Schieles als Reichslandbund-Vorsitzendem und seiner Ersetzung durch den Hugenberg-treuen Graf Kalckreuth einen Monat nach der Reichstagswahl ihren Anfang nahm. Auch hier bildeten die radikalen ostelbischen Kreisverbände die Basis, und auch hier wurden die Funktionäre ausgetauscht.<sup>135</sup>

Obwohl sich Hugenberg als der „Führer“ der DNVP titulieren ließ, war sein Regiment inner- wie außerparteilich keineswegs unumstritten; dem damit verbundenen charismatischen Anspruch konnte er nicht genügen. Die Penetranz, mit der der Hugenberg-Flügel die Eignung seines Idols zum Führer behauptete, stand in einem krassen Gegensatz zu dem, was die innerparteiliche Opposition, erst recht, was die anderen politischen Lager dazu sagten. Hier erschien die Arbeit Hugenbergs als eine fortgesetzte Kette von Mißerfolgen, als Effekt einer kontinuierlichen Selbstüberschätzung, die einem alten Mann (Hugenberg war 1865 geboren) von einer devoten Claqueurtruppe eingetrichtert wurde. Moritz Klönne, selbst ein ehemaliger Gefolgsmann, sagte es in aller Deutlichkeit: „Zweifelloos ist der neue Parteiführer Hugenberg ein Mann von Qualitäten, ist klug, wirtschaftlich mächtig, aber die Eignung zum politischen Führer in heutiger Zeit hat er nicht. ... Er glaubt, eine große Partei wie ein Armeekorps befehligen und benutzen zu können, um auch Andersgesinnten seine Meinung aufzuzwingen. Er will Überzeugung durch Gehorsam, innere Treue durch Zwang ersetzen. Nur der übergroßen Loyalität, der Mannentreue der deutschnationalen Reichs-

<sup>133</sup> Vgl. hierzu *Holzbach*, Das „System Hugenberg“ (wie Anm. 6).

<sup>134</sup> Schwäbischer Landmann Nr. 31 v. 2. 8. 1930: Die Württembergische Bürgerpartei.

<sup>135</sup> *Merkenich*, Grüne Front (wie Anm. 18), 300 ff.

tagsabgeordneten ist es zu verdanken, daß dieses System nicht längst zusammengebrochen ist.“<sup>136</sup>

Noch viel ungeschminkter waren die Urteile im gegnerischen Lager; sie reichten von Hohn bis Mitleid. Das ‚Berliner Tageblatt‘ schrieb bei seiner Person das Wort „Führer“ nur in Anführungszeichen und attestierte ihm „hohles Pathos und sture Ideenlosigkeit“, mit der er „seine einst große Partei zu einem dummen Vabanquespiel verleitete“.<sup>137</sup> Nach dem Umfall vom April 1930 schien die ‚Vossische Zeitung‘ richtiggehend Mitleid mit Hugenberg zu haben, der die Unterstützung Brünnings begründen mußte. „Da stand er wieder wie vor ein paar Wochen, sichtlich nervös und mit gerötetem Kopf. Und wieder muß man sich fragen, wie es möglich war, daß eine große Partei ihre Führung und damit ihr politisches Schicksal einem Manne anvertrauen konnte, der so wirklichkeitsfremd ist, so ohne jeden Sinn für geschichtliche Entwicklungen und gegebene Tatsachen.“<sup>138</sup> Wie die ‚Vossische Zeitung‘, so gaben auch andere Stimmen 1930 Hugenberg keine lange Zeit mehr als Parteiführer. Aber, wie andere auch, so sah die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘ im Festhalten an Hugenberg und im Festhalten am Führerideal die schiere Verzweigung angesichts der schwierigen Zeiten und des Emporkommens „utopischer Doktrinen und auf fremdem Boden gewachsener Persönlichkeiten“.<sup>139</sup> Hugengebigs Weigerung, politische Positionen selber zu vertreten, wurde ihm als Feigheit ausgelegt<sup>140</sup>, und besonders die Nationalsozialisten verspotteten ihn wegen des Führer-Anspruchs, der mit seiner geringen Körpergröße gar nicht recht zusammengehen mochte.<sup>141</sup>

<sup>136</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 562 v. 4. 12. 1929: Die deutschnationale Parteikrise. Von Moritz Klönne MDR.

<sup>137</sup> Berliner Tageblatt Nr. 336 v. 19. 7. 1930: Hugengebigs Selbstmord.

<sup>138</sup> Vossische Zeitung Nr. 159 v. 5. 4. 1930: Mehrheit für Brüning. Ähnlich abfällige Urteile gab es auch in anderen politischen Lagern: Vorwärts Nr. 549 v. 23. 11. 1929: Hugengebigs Programm; Kölnische Zeitung Nr. 641 v. 23. 11. 1929: Regierungsbereitschaft – aber wie!

<sup>139</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 185 v. 20. 4. 1930: Vor der Tagung des deutschnationalen Parteivorstands. Sie meinte natürlich Hitler.

<sup>140</sup> Bei der ersten Lesung zum „Freiheitsgesetz“ am 29. 11. 1929 hatte sich Hugenberg den Forderungen, die deutschnationale Position selbst zu vertreten, widersetzt und Emil Oberföhrer vorgeschickt. Dafür erntete er den Spottvers „Hugenberg-Drückeberg!“ Deutscher Reichstag, 104. Sitzung, 29. 11. 1929. Stenographische Berichte. Bd. 426, 3292.

<sup>141</sup> Die SA skandierte auf Demonstrationen „Hugenzweig verrecke“ (*Leopold, Hugenberg* [wie Anm. 49], 124); einem Zeitzeugenbericht zufolge verspottete man



Dem stand eine geradezu hymnische Verehrung Hugenbergs an der Basis der DNVP gegenüber. In einer Zuschrift an die Niederdeutsche Zeitung, die der deutschnationale ‚Deutscher Schnelldienst‘ wiedergab, versicherte ein ungenannter Leser Hugenberg seiner größten Hochachtung und sagte damit viel aus über seine Vorstellung, wie Politiker sein sollten: „Er scheint mir einer der ganz, ganz wenigen großen Charaktere des Reichstags und des Reichs, um nicht zu sagen, der einzige zu sein. Kein ‚gerissener‘, mit allen Hunden gehetzter, hin- und herlavierender Parlamentarier, sondern ein Charakter. Block, nicht Brei, Turm, nicht Wetterfahne. Die Deutschnationale Partei darf stolz auf diesen Führer sein.“<sup>142</sup> Der „starkwillige Hugenberg“, so sein Gefolgsmann, der Reichstagsabgeordnete Walter Stubendorff, behüte die DNVP davor, wie die DVP eine „stark demokratische, schwarz-rot-gold über-tünchte Partei“ zu werden – so nah war also aus hugenbergianischer Warte die Partei schon der Republik!<sup>143</sup> Nach dem Stettiner Parteitag beschrieb Eduard Stadler im offiziellen Parteiorgan „Unsere Partei“ die DNVP als eine „Gefolgschaft einer in sich ruhenden, Umwelt formenden, schöpferischen Persönlichkeit und eines sich darin offenbarenden politischen Führertums“.<sup>144</sup> Hiermit wurden das fehlende Charisma Hugenbergs und sein bürokratischer Stil in Bodenständigkeit umgedeutet: Nicht Reden, Handeln sei seine Sache. In diesen Beschreibungen dokumentierte sich eine Erwartung an Politiker, die so gar nichts mit dem Austarieren von Interessen, Verhandeln und Kompromisseschließen zu tun hatte.

Doch welche Art „Führer“ sollte Hugenberg sein, wollte er sich von den Konkurrenten Hitler, Thälmann und Brüning unterscheiden? Für ihn wurde ein Vaterideal das Kennzeichen. Man vermeinte in Hugenberg „Vaters Stimme“ zu hören: „Ja, so war es damals, so war es immer zwischen Vätern und Söhnen: der Sohn trotzt, geht seine eigenen

anfangs der dreißiger Jahre unter Berliner Kindern die Sprößlinge deutschnationaler Väter ebenfalls als „Hugenzwerge“ (Mitteilung von HD Dr. Christian Jansen, Bochum). Nach den Novemberwahlen 1932 wurde, offenbar auf Absprache von KPD und NSDAP, Hugenberg zum Schriftführer gewählt. Wann immer von dem „Führer“ der DNVP die Rede war, gab es den Zwischenruf „Schriftführer!“. Stenographische Berichte. Bd. 455, 19, 46, 78.

<sup>142</sup> Deutscher Schnelldienst v. 12. 8. 1930: Unser Hugenberg.

<sup>143</sup> Deutscher Schnelldienst v. 12. 12. 1929: Der „Zerfall“ der Deutschnationalen. Von Stubendorff-Zapel Mdr.

<sup>144</sup> Unsere Partei 18/19, 1. 10. 1931: Attacke; Abdr. in: *Hiller von Gaertringen*, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 6), 625 f.

Wege. Endlich hat er alles gründlich verwirtschaftet. Nun geht man mit Vater Arm in Arm durch die altvertraute Lindenallee und er sagt mit guter Stimme ...: „Siehst Du, mein Junge, genau so ist es nun doch alles gekommen, wie ich es dir damals gesagt habe. Nun werde endlich vernünftig!“<sup>145</sup> Symbolisch schien dieser Ruf an die jungkonservativen Rebellen gerichtet zu sein, die die Partei schon größtenteils verlassen hatten.

Wenn mit Detlev Peukert die Weimarer Politik in Kategorien des Generationskonflikts zu beschreiben ist<sup>146</sup>, wird aus diesen Apostrophierungen die geringe Anziehungskraft Hugenberg's in den Wahlen verständlich: Der Vater war keine Identifikationsfigur, die für junge Wähler auch nur annähernd mit dem leidenden und kämpfenden Helden Hitler oder dem Rabauken Thälmann konkurrieren konnte, und um mit Brüning's Image des verantwortlichen Staatsmannes zu konkurrieren, dafür war die deutschnationale Propaganda zu radikal. Hugenberg's Kurs endete in einer Kette von katastrophalen Wahlniederlagen. Nach der Sezessionswelle der Jahre 1929 und 1930 zog die DNVP noch mit 37 statt 78 Abgeordneten in den Reichstag ein; zwar erhöhte sich die Zahl durch Hospitanten noch auf 40, aber es führte kein Weg vorbei an dem Befund, daß der „Vater“ Hugenberg es war, der alles „gründlich verwirtschaftet“ hatte: Binnen vier Jahren hatte sich die Zahl deutschnationaler Abgeordneter auf ein Drittel reduziert. Hugenberg's Erklärungen dazu waren zweierlei Art, die beide seinen Realitätsverlust illustrierten: Zum einen war er der Ansicht, das Ausmaß der Personalisierung sei nicht weit genug gegangen. Die Wahlparole habe nämlich nicht geheißsen: „Macht den rechten Flügel stark“, sondern „Macht *mir* den rechten Flügel stark“. „Mit anderen Worten, schafft mir, dem deutschnationalen Parteiführer, die Hausmacht auf dem rechten Flügel, mit der ich die deutschnationale Politik durchführen kann.“<sup>147</sup> Und zum anderen insistierte er auf seiner Devise „Block statt Brei“: Die

<sup>145</sup> Schlesische Zeitung Nr. 250 v. 9. 9. 1930; Abdr. in: *Hiller von Gaertringen*, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 6), 627; vgl. auch seine Ausführungen zum Vater-Image Hugenberg's: ebd. 554.

<sup>146</sup> Vgl. *Detlev Peukert*, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne. Frankfurt am Main 1987, 91 ff.

<sup>147</sup> So sein Referat auf der Landesgeschäftsführertagung 1931; BA Berlin, R 8005 18, 29. Das Berliner Tageblatt (Nr. 50 v. 39. 1. 1931), kommentierte diese Aussage, die wiederum durch undichte Stellen nach draußen gedrungen war, mit der Bemerkung, selbst dann hätten die Wähler den radikaleren Hitler vorgezogen.

Zahl sei gar nicht entscheidend. In den Worten seines Paladins Axel von Freytagh-Loringhoven wollte man schließlich eine „starke, nicht große Rechte“. <sup>148</sup> Die NSDAP zeigte diesem Kaderstandpunkt, daß beides zugleich möglich war.

Die Unzufriedenheit mit Hugenberg war auch in den Reihen der DNVP spürbar; aus ihren Reihen und aus nahestehenden Kreisen kam es weiterhin immer wieder zu Rücktrittsforderungen. <sup>149</sup> Mit der Weltwirtschaftskrise erhielt sogar das Bild Hugenbergs als eines finanziellen Genies ernste Risse. 1932 lavierten seine eigenen Unternehmen am Rande des Bankrotts und konnten nur durch ein großflächiges Umschuldungsverfahren, an dem auch amerikanische Banken teilnahmen, gerettet werden. <sup>150</sup> Anfang 1932 wurde bekannt, daß Hugenberg einige seiner Zeitungen hatte abgeben müssen, andere, darunter die München-Augsburger Zeitung, sich in ernstesten Schwierigkeiten befanden. <sup>151</sup> Hugenberg war erfolglos und schien die Partei in den Abgrund zu ziehen. Daß sich mit seiner Strategie die DNVP gegenüber der seit 1930 rapide anwachsenden NSDAP nicht behaupten können werde, wurde von Dissidenten wie Max Wallraf als Argument ins Feld geführt, von den Unterstützern Hugenbergs aber offenbar nicht zur Kenntnis genommen, weil sie lange Zeit nicht von einem Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Bewegungen ausgingen. <sup>152</sup> Die Haltung, daß Hitler der „kündigen Hand“ Hugenbergs bedürfe und die Deutschnationalen den nationalsozialistischen Radikalismus in geordnete Bahnen lenken könnten, unterschätzte nicht nur diesen Radikalismus, sondern verschloß auch

<sup>148</sup> Der Tag Nr. 173 v. 25. 7. 1928: Starke, nicht große Rechte. Von Axel von Freytagh-Loringhoven.

<sup>149</sup> Schleswig-Holsteinische Tageszeitung v. 8. 4. 1930: Lache Bajazzo; 1932 trat der langjährige Landesvorsitzende und Mitgründer der DNVP, Walter Graef-Anklam, aus der Partei aus und erklärte, diesen Schritt rückgängig zu machen, sobald die Führung gewechselt habe: Kreuzzeitung Nr. 41 v. 25. 1. 1932: Wie zu erwarten stand. Im Herbst 1932 kursierten Gerüchte, wonach die Partei beabsichtigte, Goerdeler, der noch gar nicht Mitglied war, zum Vorsitzenden zu machen, eventuell mit Geßler und Luther. Auch der Papensche Herrenclub sollte daran beteiligt sein. Trotz Dementis wurde die Nachricht mehrfach bestätigt. Berliner Lokalanzeiger Nr. 428 v. 9. 9. 1932: Unbegrenztes Vertrauen zu Hugenberg; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung Nr. 230 v. 30. 8. 1932: Hugenberg soll doch gehen!

<sup>150</sup> Leopold, Hugenberg (wie Anm. 49), 95 f.

<sup>151</sup> Landvolk-Nachrichten I, 7. 1. 1932: Schwierigkeiten des Hugenberg-Konzerns?

<sup>152</sup> Hierzu: Hiller von Gaertringen, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 6), 558 ff.

die Augen vor der Machtverteilung im rechtsradikalen Lager. Nach dem katastrophalen Ausgang der preußischen Landtagswahlen vom April 1932 war dies allerdings kaum mehr möglich. Daß die Deutschnationalen von über siebzehn auf weniger als sieben Prozent der Stimmen abstürzten, während die Nationalsozialisten ihren Stimmenanteil verzwanzigfachen und mit über 36 Prozent der Stimmen nun mehr als fünfmal so groß waren wie Hugenbergs Partei, ließ den populären Vergleich berechtigt erscheinen, daß die DNVP sich zur NSDAP verhalte wie im Kaiserreich das Land Anhalt zu Preußen.<sup>153</sup>

Unter dem Eindruck dieses Debakels dachte Hugenberg daran, aus der Politik auszusteigen. Parteifreunde hinderten ihn jedoch daran.<sup>154</sup> Warum hielt die DNVP trotz dieses Niedergangs an Hugenberg fest? Hier ist zum einen darauf zu verweisen, daß auch die Struktur der engagierten Mitglieder und insbesondere des Parteiapparats sich verändert hatte und die Mitglieder mittlerweile in noch höherem Maß rechtsradikal waren als vorher ohnehin. Zum zweiten ist die finanzielle Abhängigkeit von Hugenberg zu erwähnen, in die die Partei sich begeben hatte. Angesichts des grandiosen Mißerfolgs des deutschnationalen ‚Führers‘ genügen diese beiden Motive jedoch nicht. Entscheidend war, daß es keinerlei Alternative zu ihm gab. Nach den Sezessionen, die den größten Teil der erfahrenen Politiker gekostet hatten, war kaum eine prominente Figur, die eventuell integrationsfähig hätte sein können, noch in der DNVP verblieben; insbesondere waren alle gegangen, die die Partei noch an die Tradition der alten konservativen Parteien angebunden hatten. Ebenso waren die jungen Hoffnungsträger wie Gottfried Treviranus oder Hans von Schlange-Schöningen ausgeschieden. In der Reichstagsfraktion befand sich nur mehr ein einziger Arbeiter, und der war kein Hugenberg-Freund; ebenso waren fast alle Unternehmer ausgestiegen. Gegenüber 1928 hatte sich der Anteil der Parteifunktionäre in der Fraktion fast verdoppelt und betrug nun knapp dreißig Prozent. Die DNVP hatte sich Hugenberg auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Was Hugenberg auf jeden Fall erreichte: Mit diesem Strukturwandel war die Fraktion in der Tat zu einer „Funktion der Partei“<sup>155</sup> geworden, die Zeit des pragmatischen Republikanismus vorbei. Ausgeschieden

<sup>153</sup> Zahlen nach: *Falter* u. a., Wahlen und Abstimmungen (wie Anm. 9), 101.

<sup>154</sup> *Hiller von Gaertringen*, Deutschnationale Volkspartei (wie Anm. 4), 182.

<sup>155</sup> So die Formulierung im Deutschen Schnellendienst v. 30. 4. 1930: Partei und Fraktion.

waren im wesentlichen die Interessenverbände – Arbeitnehmerschaft, Landwirtschaft, Unternehmer – und die ideologischen Vertreter des Konservatismus, sowohl in der alten, Westarpschen Machart als auch in der jungkonservativen Spielart eines Gottfried Treviranus. Übrig blieben die Alldeutschen, die eine interessenpolitische Einbindung bekämpften, weil sie wohl sahen, daß damit die Integration in den existierenden Staat vorangetrieben werde. Wunderbarerweise war mit Hugenbergs Amtsantritt auch von Monarchismus keine Rede mehr, sondern nur noch von Führertum oder nationaler Diktatur. Hugenberg wurde so zu einem Totengräber des deutschen Konservatismus.

Damit zeigte sich auch ein Abschied von den konservativen Politikprinzipien, die immer die eigenständige Persönlichkeit des Abgeordneten betont hatten; die Techniken, mit denen die DNVP nun Disziplin und Homogenität erreichen wollte, ähnelten frappierend denen der „Systemparteien“. Der Fraktionszwang wurde rigide durchgesetzt, und auch die dissentierenden Abgeordneten sahen sich mit der Forderung konfrontiert, ihr Mandat zurückzugeben. Fast alle hatten einen dahin lautenden Revers unterschrieben. Keiner aber gab sein Mandat zurück, und die Erklärung Gottfried von Dryanders dazu reflektierte ein konservatives politisches Denken, das nun gegen die DNVP gewendet wurde. Er argumentierte, daß die Abgeordneten dem Volk und ihrem Gewissen, nicht jedoch den Parteien verpflichtet seien, und nannte das Ansinnen, beim Parteiaustritt sein Mandat zurückgeben zu sollen, eine „Überspannung des Parteibegriffs“, die der konservative Staatsgedanke nicht vertrage.<sup>156</sup> In ihrer brüskten Wendung gegen Parlamentarismus und Parteienstaat war die DNVP selbst eine der Parteien geworden, die sie bekämpfte. Daß es sich hierbei um eine bürgerliche Partei handelte, schwächte die Legitimität der Republik von Weimar noch mehr. In ihren politischen Orientierungen wie in ihrem Personal war es aber nicht mehr dieselbe Partei wie fünf Jahre zuvor.

### **Zusammenfassung**

Die Studie fragt nach dem Ausmaß der Integration der DNVP in den politischen Diskurs der Weimarer Republik und nach der Reichweite des Wandels, der die Partei im Zuge der Machtübernahme durch Alfred

<sup>156</sup> Berliner Börsenzeitung Nr. 69 v. 11. 2. 1930: Volksvertreter oder Parteibeauftragter?

Hugenberg unterworfen war. Sie vertritt die These, daß sich in der Partei im Laufe der zwanziger Jahre ein pragmatischer Republikanismus entwickelt habe, der vor allem bei den Mandatsträgern beheimatet war und der sich daraus speiste, daß man im Interesse der Wähler und der organisierten Interessen bei aller Republikfeindschaft doch auch begrenzte, konkrete Ziele verfolgen mußte. Ein altkonservatives Staatsideal und die Sozialisation in der täglichen Arbeit der Interessenvertretung und der parlamentarischen Entscheidungsfindung taten ein übriges. Vor diesem Hintergrund war die Machtübernahme der Partei durch Hugenberg ein Aufstand der Basis gegen die Berufspolitiker, ein Aufstand allerdings, der organisatorisch von langer Hand vorbereitet worden war. Die Fundamentalopposition Hugenbergs stieß bei den Parlamentariern der DNVP auf energischen Widerstand; nur eine Minderheit der Reichstagsabgeordneten unterstützte seinen Kurs. Demzufolge setzte Hugenberg alles daran, sie aus den Wahlgremien zu entfernen – soweit diese Politiker nicht von selber gingen. Das bedeutete eine grundlegende Umformung der Partei, sowohl in ihrer inneren Organisation und ihrem Funktionärskorps, als auch in Hinsicht auf die Mandatsträger. In dem Maß, in dem sie sich programmatisch umorientierte, veränderte sich auch die Zusammensetzung ihrer politischen Elite, so daß die Partei 1932 im Grunde nur noch den Namen mit der DNVP der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre gemeinsam hatte.